

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 23 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 3 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Breslau, Donnerstag, 2. März 1893.

| 4. Jahrgang.

Die Erhaltung des Klassensystems

Bei den Wahlen zum Landtage und zu den kommunalen Vertretungen hat der Commission des Abgeordnetenhauses, die damit betraut war, laure Mühe verursacht. Die zu Stande gekommene Fickarbeit haben wir den Lesern der „Volkswacht“ bereits vor Augen geführt. Im Nachfolgenden soll des Näheren darauf eingegangen werden.

In der Commission erklärten sich bei der Schlussabstimmung sieben Mitglieder für diese sogenannte Wahlgesetznovelle und nur vier dagegen, der Vertreter des Freisinn, der Pole und zwei Centrumsleute. Das Centrum hat sich gespalten, ein Theil will, da ihm von der anderen Seite gewisse Zugeständnisse gemacht wurden, durch die es seinen parlamentarischen und kommunalen Besitzstand gesichert glaubt, mit dem Gebotenen vorlieb nehmen; die ablehnende Haltung der Minderheit ist als ein Protest gegen die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe anzusehen. Im Hause wird das Stimmverhältniß das gleiche sein, eine große Mehrheit wird diese Farce einer Wahlreform, diese Parodie gesetzgeberischer Arbeit zum Gesetz erheben.

Wenn berichtet wird, daß in der Commission sowohl die Forderung des Uebergangs zum gleichen und directen Wahlrecht, als auch die der Einführung geheimer Stimmabgabe kurzer Hand zurückgewiesen wurde, wenn noch erwähnt wird, daß auch die Anträge auf Bestimmung von Procentsätzen der Wähler der einzelnen Abtheilungen vor den Augen der Mehrheit und der Regierung keine Gnade fanden, so erhebt sich die Frage, ob es nicht thörichte Zeitvergeudung sei, sich überhaupt noch weiter mit der Arbeit der Commission und deren Product zu befassen. Die Leser wissen, daß auch nicht ein Schimmer von Hoffnung, der Landtag

werde eine wirkliche Wahlreform anbahnen, oder auch nur bessernde Hand an das jetzige Wahlsystem legen, vorhanden ist. Niemand kann über den eigenen Schaiten springen, das Klassensystem aber ist der Schatten für die Interessenvertretung sowohl im Abgeordnetenhause wie auf den Rathhäusern und zwar für die Vertretung der brutalsten und eigenwilligsten Interessen, der des Besitzes. Wenn wir an dieser Stelle sehr treffende Kritik der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ Raum geben, die die Beschlüsse der Commission hell beleuchtet, so geschieht es nur, um zu zeigen, wie offen und rückhaltlos man bekrebt war, die Herrschaft des Besitzes in Staat und Gemeinden in ihrem ganzen Umfang zu erhalten und vor jeder Antastung zu schützen, und wie willkürlich und principlos man dabei vorgefahren ist. Ueber dieses Verfahren schütteln selbst Politiker, die mit der Erhaltung des Systems ganz einverstanden sind, bedenklich den Kopf, überleben aber dabei, daß die Commission gar nicht im Stande war, die ihr zugewiesene Aufgabe anders zu lösen; das Vernunftwidrige und Widersinnige läßt sich nun einmal nicht mit Logik und Consequenz zu einem Organismus formen.

Das preussische Wahlsystem, das in's Leben gerufen wurde, als die Klassensteuer noch die Form einer Kopfsteuer hatte, ruht zunächst auf dem Grundsatz: pas d'argent, pas de vote (kein Geld, kein Wahlrecht). Wer nicht zur Zahlung einer directen Abgabe an den Staat verpflichtet ist, soll auch kein Wahlrecht haben. Dieses Wahlrecht der Steuerzahler soll aber kein gleiches sein, sondern nach der Höhe der Abgaben abgestuft werden; wer am meisten zahlt, bekommt die größte Portion. „Die Urwähler“, heißt es im Art. 71 der Verfassung, „werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden directen Staatssteuern in drei Ab-

theilungen getheilt und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt.“ Wohl gemerkt: von den zu entrichtenden directen Staatssteuern, aber das war einmal und ist längst nicht mehr so, denn sonst würde der größere Theil der preussischen Staatsbürger vom Wahlrecht ausgeschlossen sein. Schon bei Aufhebung der drei untersten Stufen der Klassensteuer wurde der Grundsatz des Systems: ohne Steuerpflicht kein Wahlrecht durchbrochen, indem bestimmt wurde, daß die Sätze der beseitigten Steuerstufen fortan den Wählern als zu entrichtendes Silberquantum bei Wahlen in Anrechnung gebracht werden sollen. Damit war die schiefe Ebene der fingirten Steuerstufen betreten und dem ersten Schritt folgte vor zwei Jahren bei der Reform der Einkommensteuer der zweite, die Bestimmung, daß jeder Bürger, der keinerlei directe Staatssteuer zu zahlen habe, mit einer Leistung von drei Mark jährlich in die Wahllisten einzutragen sei. Die jetzige Vorlage geht noch weiter in der Zerstörung des Systems; zunächst zieht sie auch die an die Kommunen, Kreise u. s. w. zu entrichtenden Abgaben in das Bereich der den Wahlberechtigten anzurechnenden Steuern und soll künftig, nach Ueberweisung der Realsteuern an die Kommunen, auch da, wo Gemeindesteuern gar nicht erhoben werden, die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer voll als zu entrichtende Abgabe angesehen und bei Ausmessung des Wahlrechts mitgezählt werden. Damit wird bezweckt, den Herren Großgrundbesitzern ihr jetziges Wahlrecht ungeschmälert zu erhalten; sie werden nach den vollen Steuern, die sie nicht zahlen, wählen, die Bürger in Gemeinden, die Realsteuern erheben, aber nur nach dem Theil der veranlagten Beträge, die sie wirklich zahlen. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Diese Frage ist leicht zu beantworten

Feuilleton.

Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geißel.

36] Nachdruck verboten.

Roland hatte dem Ruisscher zugerufen, er solle davonfahren und einsteigend schloß er eben den Wagenschlag, als Folly heftig rief:

„Halt — Halt, sage ich! Wenn der alte Mann mein Vater ist, werde ich ihn doch nicht hier zurücklassen!“

„Folly! Folly — seien Sie doch verständig — der Alte ist ja garnicht einmal Ihr Vater — übrigens wird ihm kein Haar gekrümmt werden“, sagte nun Roland heftig.

„Woher wissen Sie, daß er nicht mein Vater ist?“ rief Folly mit bligenden Augen, indem sie aufsprang und Roland, der sie zurückhalten wollte, heftig bei Seite schob.

„Folly — ich beschwöre Sie — fahren Sie nach Hause“, bat Roland, sie festhaltend. „Ich werde dafür sorgen, daß dem Alten kein Leids geschieht? Kommen Sie!“

„Sie wollen für ihn sorgen — ist er Ihr Vater?“ sagte Folly scharf und schneidend.

„Folly, sehen Sie die Menge, die sich bereits um uns sammelt —“

„Als ob ich mich vor der Menge fürchte — geben Sie den Weg frei, Roland — ich hasse Sie — zurück!“

Mit äußerstem Widerstreben leistete Roland Folge. Das junge Mädchen drängte sich durch den gaffenden Menschenhaufen und stand im nächsten Augenblick vor John Morrison.

„Ah — seht ihr's, da ist sie — 's ist meine Tochter — meine schöne Tochter! Nicht wahr, Du lässest mich nicht ins Gefängniß bringen — Du bist nicht todt, wie die anderen kleinen Kinder — Du kommst, mich zu retten — hab ich's Euch nicht gesagt?“ jubelte der Alte.

„Seid Ihr wirklich mein Vater?“ fragte Folly, unwillkürlich wieder einen Schritt vor der abstoßenden Gestalt zurückweichend und John Morrison mit entsetztem Blick betrachtend.

„Gewiß bin ich's, und Du, Du bist das Ebenbild Deiner Mutter, meiner armen Hanne! Gerade so sah sie aus, als ich um sie warb — 's ist schon lange her — Du hast ihre weiße Haut, ihr schönes Haar und ihre Augen — sogar das Grübchen in der Wacke hast Du von ihr geerbt — und Deine Stimme!“

„Er ist betrunken“, sagte ein Schutzmann leise zu Roland, „er trägt eine Rumflasche bei sich.“

„Ich habe nicht getrunken!“ rief John, der die Worte gehört hatte. „Da ist die Flasche — nehmt

sie — sie ist noch unberührt. O Folly — nimm mich mit — ich will auch ganz brav und folgsam sein.“

„Schafft den Mann fort“, flüsterte Roland dem Schutzmann zu, der ihm zunächst stand, „aber thut ihm kein Leids an.“

„Wir bringen ihn nur auf die nächste Station und —“

Follys feines Ohr hatte die leise gewechselten Worte doch vernommen; sie näherte sich den Polizisten und sagte befehlend:

„Laßt den Mann los — ich werde für ihn Sorge tragen.“

Die Leute blickten auf Roland, welcher sich abwandte, und dann gaben sie den Alten frei. Er umklammerte Follys Arm und rief:

„Schnell fort, Folly — ich lasse ihnen die Rumflasche — nur fort!“

Folly warf einen verzweifelten Blick auf die grauerregende Gestalt des Alten und nahm ihn dann mit zum Wagen. Sie noch einmal umschauend nach den Polizisten, die zurückblieben, gewahrte John, daß Roland ihm auf den Fersen folgte, und sich fest an Folly klammernd, sagte er:

„Wer ist der Mann, und was will er? Er hat mich in den Roth geworfen und die Polizei auf mich gehetzt — — schämt mich vor ihm!“

Jetzt war der Wagen erreicht; John Morrison stieg ein, wartete bis Folly ein Gleiches gethan und zog dann den Schlag zu, indem er sein schweiß-

der gnädige Herr soll zu seinen übrigen Nöthen nicht auch noch Wahlnoth leiden, er soll das Privilegium des Mehrsitzes in der ersten Abtheilung behalten, auch wenn es ihm das Princip der Schätzung des Wahlrechts nach den zu entrichtenden Steuern nehmen würde.

Eine fernere Abweichung von dem System ist die von der Kommission beschlossene Bestimmung, daß fortan bei Aufstellung der Wahllisten, die den Betrag von 2000 Mark übersteigende Staatseinkommensteuer, sowie die auf den Mehrbetrag dieser Steuer entfallenden Gemeindesteuerschläge nicht mehr in Anrechnung gelangen sollen. Hier haben wir also eine Abgrenzung des Wahlrechts auch nach Oben. Höhere Portionen, als sie bei einem Einkommen von 55—60000 Mark gewährt werden, sollen nicht mehr vorkommen. Das ist zwar eine Verleugnung des Satzes, in dem Maße du steuerst, sollst du auch wahlmächtig sein, aber da dieser Satz, wie wir gezeigt haben, längst nicht mehr gilt, konnte man sich damit einverstanden erklären, wenn sie consequent durchgeführt, d. h. für jede Art der Besteuerung durchgeführt würde, wenn es einfach hieße: Keinem Wähler darf aus einer Steuerart ein höherer Betrag als 2000 Mark angerechnet werden. Aber da eben tritt wieder mit der Absicht, nur die plutokratischen Wirkungen des mobilen Vermögens abzuschwächen, die des Grundbesitzes aber sich voll entfalten zu lassen, die Willkür hervor und zwar in so krasser Weise, daß daran selbst das Organ der Konservativen, die „Post“, Anstoß nimmt; sie sieht daß Grund- und Gewerbesteuerbeträge auch über 2000 Mark angerechnet werden und nur die höheren Einkommensteuerbeträge unangerechnet bleiben sollen, „ein privilegium odiosum für die Großgrundbesitzer gegenüber Capitalisten und Großindustriellen.“

Eine billige Consequenz der Beschränkung der anzurechnenden Summe der Einkommensteuer und der Communalsteuerzuschläge wäre die Aufhebung der Bestimmung von 1891 gewesen, wonach in größeren Gemeinden die Abtheilungen besonders gebildet werden müssen. Man hätte damit die Einwirkung der Steuern der Millionäre auf ganze Städte abschwächen wollen; zu welchen wunderlichen Erscheinungen dann diese seitdem auf einzelne Urwahlsbezirke beschränkte Einwirkung geführt hat, weiß man ja aus der Verletzung mehrerer preussischer Staatsminister in die dritte Wählerklasse. Zu solcher Consequenz hat man sich, wahrscheinlich aus Rücksicht auf das Centrum, das für seinen kommunalen Besitzstand fürchtete, nicht entschließen können, dagegen hat man durch eine neue Bestimmung für Sorge getroffen, daß die Dreimarkmänner, die Steuerfreien, nicht aus der dritten Wählerklasse hinauskönnen und daß da, wo sie allein die dritte Klasse ausmachen, die erste und zweite nach einem besonderen Maßstab, fünf Neuntel der Steuersumme auf die erste, vier Neuntel auf die zweite, gebildet werden. Im Uebrigen sollen künftig nach dem Vorschlag der Regierung von der Gesamtsumme der anzurechnenden Steuerbeträge aller Urwähler fünf Zehntel auf die erste Abtheilung, vier auf die zweite und drei auf die dritte entfallen. Das ist im Wesentlichen die von der Kommission geleistete Arbeit. Stückwerk und Stückwerk, wo man's anpackt,

ohne Plan und Methode und consequent nur in der Willensrichtung, in Staat und Gemeinde keine ehrliche Volksvertretung aufkommen zu lassen, in dem Bestreben, die Interessen des Besitzes, in erster Reihe des Grundbesitzes in der Herrschaft zu erhalten, die sie seither ausgeübt haben, ganz gleichgültig, wie dabei Recht und Vernunft zu Schaden kommen, wie die schöne Phrase von der socialen Gerechtigkeit dabei zum Spott wird. Sich darüber zu entrüsten, wäre thöricht; gerade vom Standpunkt der Forderung des gleichen und directen Wahlrechts in Staat und Gemeinde darf man auf das Werk der preussischen „Wahlreform“ mit dem Lächeln blicken, das im Freiligrath'schen Gedicht von der Fahrt des Königsdampfers auf dem Rhein der Heizer-Proletarier für das neu ausgebaute Stolzenseil hatte. „Ei, wie man immer doch für künstliche Ruinen sorgt.“

Kleinbetrieb und Monopolbetrieb.

Das socialdemokratische Programm erklärt: „Die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergange des Klassenbetriebes.“

Die Zeit hat die Wahrheit dieses Satzes schon bewiesen und nur verbohrtten Anhängern der sogenannten Proudhonistischen Lehre kann es einfallen, von einem Wiederaufblühen des Mittelstandes zu reden. Zum Mittelstande rechnen diese Herren allerdings auch den kleinen Beamten, den kleinen Rentner, die kaufmännischen Procuristen, die Buchhalter und andere besser bezahlte Angestellte im Fabrik- und kaufmännischen Geschäft. Solche meistens abhängige, jeden Tag entlassbare Angestellte sind aber von dem Fabrikarbeiter nur durch augenblickliches besseres Einkommen unterschieden und können jeden Tag in die Reihe der Arbeitslosen hinabgeschleudert werden. Sie gehören nicht zum sogenannten selbständigen Mittelstande. Zum bürgerlichen Mittelstande kann man nur rechnen den selbstständigen Handwerksmeister und den kleinen Kaufmann und Händler. Diese Leute nun ergießen ihren Zorn über die Socialdemokratie wegen ihrer Lehre, daß der Kleinbetrieb vom Großbetrieb, vom Monopolbetrieb vernichtet werde.

Der Handwerksmeister, der schon seit 1848 nach Freiheit strebt, glaubt, durch den Communismus müsse alle Freiheit vernichtet werden, der Communismus müsse zum Zwangstaat führen. Freiheit aber muß sein, sagt er, daher ist die Lehre der Socialdemokratie falsch. Nicht die Einführung der mit Naturkraft getriebenen Maschinen in die Industrie, sagt er, vernichtet das Handwerk, nicht das Großcapital, sondern nur der Mißbrauch des Capitals, und dieser Mißbrauch des Capitals ist erst möglich geworden durch Einführung der Gewerbefreiheit. Beschränkt die Gewerbefreiheit, und das Gewerbe wird wieder aufblühen, die Freiheit ist dann gerettet, der Meister kann dann nicht mehr zum Fabrikarbeiter heruntersinken.

Diese Handwerksmeister, welche sich als Freiheitsmänner aufspielen, welche die Socialdemokraten als Feinde der Freiheit an den Pranger stellen wollen, diese Gewerbeschlichter streben die größte Beschränkung der Freiheit an, sie wollen den Janungszwang, den Lehrlingszwang, den ganzen mittelalterlichen Zunft-

Apparat wieder haben, um ihre Freiheit, d. h. ihre Ausbeutung fremder Arbeit zu retten. Daß ein so kleinlich selbstsüchtiges Getriebe in unserer Zeit, welche die freiheitliche Association, die genossenschaftliche Arbeit anstrebt, keinen Erfolg haben kann, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Nicht die Befreiung eines kleinen Theils des Volks vom Joch des Capitalismus kann Erfolg haben, nur die Befreiung Aller bricht das Joch entzwei.

Wie hat sich nun die Socialdemokratie gegen den Kleinbetrieb zu verhalten? Ist es ihre Aufgabe, den Untergang des Kleinbetriebs durch ihre Agitation zu beschleunigen? Wir glauben, das ist ihre Aufgabe durchaus nicht, das besorgt der Großbetrieb von selbst mit Naturnotwendigkeit, wie das Programm sagt. Unsere Partei hat nur der Wiederbelebung mittelalterlicher Einrichtungen im Wege der Gesetzgebung ihren Widerstand entgegenzusetzen, und sie hat dem selbstsüchtigen und politisch bornirten Handwerksmeister und Kleinhändler den Bedarf ihrer Genossen zu entziehen.

Es giebt aber eine Klasse von Handwerkern, Kaufleuten und anderen kleinen Geschäftstreibenden, welche aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, sich offen und ehrlich mit Leib und Seele zur Socialdemokratie bekennen, welche gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zur Socialdemokratie als Arbeiter gemahregelt wurden und genöthigt waren, einen kleinen Handel, eine Wirtschaft oder ein selbstständiges Gewerbe zu beginnen, um ihren Unterhalt zu finden und weiter für die Partei thätig sein zu können. Diese eben nicht gar große Klasse von Parteigenossen muß die Partei durch ihren Consum unterstützen, die Genossen müssen bei diesen Gewerbetreibenden ihren Consum decken, sofern ihre Waren preiswürdig sind und sofern sie selbst nach wie vor treu zur Partei stehen und nicht halbe oder Viertel-socialdemokraten sind oder gar geworden sind. Welche von diesen Geschäftsleuten das Vertrauen verdienen, wissen Mitglieder der socialdemokratischen Partei sehr wohl. Stille, nicht thätige Socialdemokraten dieser Klasse müssen auch stille behandelt werden.

Soviel über den Kleinbetrieb. Was den Großbetrieb anlangt, so sagt unser Programm, daß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Capitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Wie richtig unsere Partei auch in dieser Sache die Entwicklung der Industrie erkannt hat, dafür treten immer neue Thatfachen zu Tage.

Die capitalkräftigeren Unternehmungen haben zuerst bei Gelegenheit von Geschäftskrisen die kleineren Etablissements einfach vernichtet, zu Grunde gerichtet, und dieser Vernichtungskampf hat immer noch seinen Fortgang.

Aber neuerdings tritt schon längst die letzte Phase, der letzte Act im Drama des Capitalismus zu Tage. Es ist dies die Verschmelzung von großen Industrieunternehmungen der gleichen oder naheliegenden Branchen zu einer gemeinschaftlichen Unternehmung.

Die großen Unternehmungen sind gleich capitalkräftig. Eine Vernichtung des einen Etablissements durch das andere geht nicht, aber die Verschmelzung ist von Vortheil für die Kapitalisten.

Gesicht zu einem breiten Grinsen verzog. Roland aber machte keinen Versuch, in den Wagen zu steigen; er nahm den Sitz neben dem Kaiser ein und fort ging es.

„Warum fährt er mit?“ fragte John. „Daß anhalten, damit ich ihn vom Bod werfen kann.“

„Laßt ihn nur — er ist gut, er thut Euch nichts“, beschwichtigte Folly den A ten.

„Gut — ha! ha! ha! Er hat Deinen Vater in den Koth geworfen, er hätte mich am liebsten umgebracht! Bist Du wir böle, Folly?“

„Nein.“

„Er ist nicht gut — er sieht dem Manne ähnlich, der die todtten Hasen auf mich hetzte! Wenn er sich nur nicht selbst in einen todtten Hasen verwandelt und mich verfolgt — hier im Wagen ist es zu eng, auf der Galerie im Theater hätte ich herunterpringen können —“

„Was ist es mit den todtten Hasen?“ frug Folly bekommen.

„Die verfolgen mich — manchmal sind sie so groß wie Elephanten — auch todtte Kinder sind dabei — Deine Geschwister, Folly, und Deine Mutter; die arme liebe Seele! . . . Als ich Dich zuerst erblickte, meinte ich, Du seiest auch todt, aber — es war nicht wahr.“

„Nein — ich lebe — fühlt meine Hand!“

„Ach, wie hübsch warm sie ist!“ Aber der todtte Sale —

„So spricht doch nicht ewig davon!“ wehrte Folly

„Ich will's nicht mehr thun, aber siehst Du, Folly, — der todtte Hase hat's doch gethan! Er hat mich umgebracht und die anderen sind im Armenhause gestorben — nur Du lebst!“

Er umklammerte ihre Hand, sicherte und fragte dann wichtig.

„Wie alt bist Du, Folly?“

„Zu Weihnachten werde ich siebzehn.“

„So, dann weiß ich's gewiß, daß Du meine Tochter bist — wäre der Hase nur nicht gewesen! . . . Bis heute wußte ich nicht, ob Du ein Mädchen oder ein Knabe seist — warum heißt Du denn aber Folly — Du solltest doch Florence heißen?“

„So heiße ich auch, aber die Leute im Findelhause nannten mich Folly, weil ich selbst mich so nannte und auch der Kürze halber.“

„Wo ist das Findelhaus?“

„In Shortsey — dort bin ich geboren.“

„Also dorthin brachten sie meine arme Mamma — ist sie auch —“

„Ja, sie ist todt — sie starb, als ich kaum geboren war.“

„Warum der schlechte Hase! — Hast Du Deine Geschwister nie gesehen, Folly?“

„Nein.“

„O, sie sind schon längst todt. Sie wollte mich juchen, als ich im Gefängniß war, — meine arme Mamma nämlich — und jetzt — wohin bringst Du denn mich?“

„Nach Hause — zu mir.“

„Ei, das gefällt mir — giebt's dort auch Rum? Nicht viel — nur ein Tröpfchen — Du schenst mir Geld — nur drei Pence — ich bin ja Dein armer, alter Vater!“

Folly nickte — zu sprechen vermochte sie nicht. Die furchtbare Verantwortlichkeit aber, welche sie damit übernommen, bedrückte sie und ihr Muth begann zu sinken.

Jetzt blickte Roland durch das Fenster; sein Gesicht sah bleich aus — er ängstigte sich offenbar um Folly und leztete nickte ihm zu, um ihn dadurch zu beruhigen.

„Warum nicht Du dem Manne auf dem Bod zu?“ flüsterte John mißtrauisch.

„Um ihm zu zeigen, daß ich wohl und in Sicherheit bin.“

„Als ob Du das wüßtest! Schau her!“ Und damit zog John Morrison ein starkes Messer aus der Holentasche; es hatte einen Hörngriff und einen Haken zum Reinigen der Pferdehufe.

„Was soll das Messer?“ fragte Folly.

„Ich will Dich beschützen, wenn er Dich bedrohen sollte —“

„Stecht es ein — von ihm habe ich nichts zu fürchten.“

„O doch — wie heißt er?“

„Ihr kennt ihn doch nicht.“

„Wie heißt er?“ wiederholte John Morrison heftig.

„Aveling.“

Wir sahen diese Verschmelzung schon vor sich gehen in den süddeutschen Farbwaarenfabriken und anderen Unternehmungen, welche nun in größeren Territorien allein herrschen; wir sahen diese Verschmelzung, wie sie jüngst zwischen den Werken von Krupp und Gru'n vollzogen wurde, und in jüngster Zeit tauchen Gerüchte über weitere Geschäftsvereinigungen auf, die Waffenfabrikanten, die Schiffbau-etablissemments (Ludwig Böde und Schwarzkopf, Krupp und Baare, Vulcan [Stettin] und Elbinger Werft) sollen verschmolzen werden.

Die Verschmelzung erfolgt natürlich von Seite der Theilhaber der Geschäfte nur in ihren eigenen Interessen. Die sogenannten Cartelle haben sich nicht bewährt, die kleineren Etablissemments sahen sich wieder genöthigt, der erdrückenden Umarmung der Großen sich zu entziehen, die Cartelle wurden wegen der Sonderinteressen nicht ehrlich durchgeführt. Die Verschmelzung wird Alle befriedigen, nur die Consumenten nicht.

Das Monopol, welches sich die vereinigten Unternehmer durch die Verschmelzung erwerben, das Monopol, der Alleinverkauf, wird, wie schon das Cartell, zu einer möglichst hohen Steigerung der Inlandpreise führen. Durch die Verschmelzung der großen Betriebe werden alle noch leistungsfähigen kleineren Betriebe, welche in die Vereinigung nicht aufgenommen wurden, zu Grunde gerichtet, und dann haben die bestehenden Vereinigungen für ihre Artikel das Monopol, den Alleinverkauf, das heißt die Festsetzung der Verkaufspreise innerhalb des Zollvereins armen deutschen Vaterlandes.

Die Concurrenz ist dann tot und des Herrn Eugen Richter Freiheitstheorie hat dann den vollen Bankerott erlebt.

Die Macht des Capitalismus wird einige Zeit lang anscheinend noch stärker werden, aber sie ist auch damit an ihrem Ende angelangt. Die im Parlament vertretene Mehrheit des Volkes wird die politische Macht dazu verwenden, um die Zölle zu beseitigen und so der Uebermacht des Capitalismus wenigstens in etwas Abbruch zu thun und allmählig wird die Einsicht durchdringen, daß nur mit der Beseitigung der privat-capitalistischen Production der Bedrückter Aller ein Riegel vorgehoben werden kann. Ist erst diese Einsicht gewonnen, dann ist auch der Anfang der socialistischen Gesellschaft gemacht.

Aber schwere Leiden hat das Volk noch bis dahin durchzumachen. Der Ertrag seiner Arbeit wandert bis dahin zum großen Theil ins Ausland als Zulohnen für den geldbedürftigen russischen, italienischen, österreichischen, spanischen, portugiesischen, argentinischen und andere halbbankerotte Staaten und zwar wohl auf Nimmerwiedersehen, und in Folge dieser Vergeudung seiner Arbeit muß die große Mehrzahl des Volkes in Armuth leben. Armes Deutschland, armes Frankreich, armes England!

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Militärfrage soll versumpfen — daß ist es, worauf die Verschleppungspolitik offenbar hinarbeitet. Leidenschaft ist etwas Vorübergehendes. Die leidenschaftliche Opposition, auf welche die Militärvorlage

zum Erstaunen ihrer Urheber bei dem deutschen Volke gestoßen ist, muß allmählig sich abkühlen — so rechnen die Männer der Verschleppungspolitik. Und sie bauen weiter auf die Eigenthümlichkeit der menschlichen Natur, sich allmählig an Alles zu gewöhnen, und auch vor dem Verhaftesten mit der Zeit die Abneigung zu verlieren. Die Angst aller Majoritätsparteien vor Neuwahlen unterstützt aufs Beste die Verschleppungspolitik. Dank dieser sind wir heute — nach drei Monaten — von der Entscheidung weiter entfernt als die Masse des Volkes am Tage der Einbringung des betreffenden Gesetzeswurfes dachte. Bei dem Tempo, in welchem die Militärcommission „arbeitet“, müssen wir von Glück sagen, wenn sie vor Ostern ihre Beratungen schließt. Dann kommt der Bericht, dann die Plenarberatungen zweiter Lesung, die nach Belieben in die Länge gezogen werden können. Vielleicht auch eine Vertagung. Die Opposition gegen die Vorlage stummt sich ab, die Aufmerksamkeit des Volkes wird eingeschlafert. . . . Und eines schönen Tages ist die Militärvorlage mit einem Compromiß angenommen — Moloch hat die gewünschte Abschlagszahlung. Und auf ein paar Jahre haben wir Ruhe, bis der Nimmersatt wieder Hunger hat und das Uebrige fordert. — Das ist der Plan Uebrigens verbreiten die Postboten, so schreibt man der „Freisinnigen Zeitung“ aus Militärschlesien, jetzt unentgeltlich bei ihrem Dienstumgange die Broschüre aus dem Militär-Preßbureau: „Aufklärung über die Militär-Vorlage.“ Geschicht dies auf Anweisung des Herrn von Stephan, oder ist dies nur ein Mißbrauch der Post, welcher einer lokalen Autorität zur Last fällt? —

Von der Gefindeordnung. In einem bürgerlichen Blatte, dem „Schleiboten“, ließ man:

„Angeschuldigt, den Dienst eigenmächtig verlassen zu haben, erschienen am 21. d. Mts. vier Meiermädchen vor den Schranken des Gerichts zu Kappeln (Kreis Schleswig). Der Thatbestand, auf welchem die Anklage beruht, war folgender: Das eine der Mädchen wurde vom Haushalter, der zugleich Meier ist (zur Erklärung diene, daß unter „Meier“ der Leiter einer Meierei zu verstehen ist) ist, wegen unverschuldeter Dinge so arg ausgescholten und mit Thätlichkeiten bedroht, daß sämtliche Mädchen, die sich aus der ganzen Art und Weise des Verfahrens und der Aeußerungen des Haushalters mit ihrer Mitmagd bedrückt und beschimpft fühlten, am 16. d. M. nach dem Melken und danach eingenommenem Frühstück zum Gutsherrn gingen, um sich dessen Schutz gegen die Behandlung durch den Haushalter zu erbitten. Der Gutsherr hörte sie jedoch nicht, sondern verwies sie darauf, erst ihre Arbeiten zu verrichten. Die Mädchen setzten diesem Ausspruch ihr Recht auf den Schutz der Dienstherrschaft vor Unbilden entgegen und wollten nicht eher wieder in die Arbeit eintreten, als bis sie gehört seien. Der Gutsherr sagte diese Handlungsweise als ein eigenmächtiges Verlassen des Dienstes auf, ließ die Mädchen vor der Meierei in strammer, militärischer Haltung mit den Füßen im Schnee sich aufstellen und so lange unter Aufsicht, die jedes Abweichen von der strammen Haltung mit Thätlichkeiten rügte, stehen, bis der Amtsdienster kam, um sie dem Amtsvorsteher vorzuführen. Später wurden die Mädchen als Arrestanten nach Kappeln gebracht. Die Beweisaufnahme

ergab im großen Ganzen den Sachverhalt so, wie er eben dargestellt; nur konnten die Zeugen nicht aussagen, daß die Schimpfreden und Bedrohungen auch den drei anderen Mädchen gegolten haben. Das Gericht sprach die Eine der vier Mädchen von der Anklage frei und verurtheilte die drei Uebrigen in eine Haftstrafe von je zwei Tagen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.“

Die Richter, die nach dem Buchstaben eines kulturwidrigen Gesetzes urtheilen müssen, trifft kein Vorwurf. Daß aber im Ausgange des neunzehnten Jahrhunderts die unerhörten Vorschriften der Gefinde-Ordnung noch zu Recht bestehen, das zeigt unseren „Rechtsstaat“ in seiner ganzen Glorie. Der Gutsherr ist ein Junker, Herr Paul von Schiller auf Buchhagen in Angeln, nicht weit von Kappeln. Sein Vater soll, wie das „Echo“ meldet, in Hamburg noch mit Heringen gehandelt haben. (Natürlich en gros.) Für seine Verdienste wurde er vom dänischen König geadelt. Wie viele seiner Genossen vom Adel wurde Herr v. Schiller in den Gründerjahren sehr bekannt und verschiedene Wigblätter wußten von „Schillers Werken“ zu sprechen. Der Sohn ist nun Gutsherr, und wie man sieht, versteht er sich auf das „patriarchalische Regiment“ mindestens ebenso gut, wie nur je ein medlenburgischer Vollblutjunker, dessen Ahnen an der Heerstraße als Wegelagerer gelegen und Leibeigene geschunden haben. Unsere Genossen in Schleswig-Holstein werden zweifellos die gerichtlich festgestellten Handlungen des edlen Herrn von Schiller bei der Landagitation verwenden. Nichts ist mehr geeignet, die „Vortrefflichkeit“ unserer heutigen Weltordnung zu beweisen, als solche „kleinere Vorkommnisse“ aus dem täglichen Leben. Darin sieht auch der Beschränkste, was heute Gesetz und Recht ist!

Ueber Bauern-Socialdemokraten läßt sich die „Kölnische Zeitung“ aus Sachsen schreiben:

„Die Socialdemokraten sind unablässig und trotz häufiger Niederlagen immer wieder bemüht, sich in den ländlichen Bezirken festzusetzen. Es ist ihnen dies wohl in keinem Lande mehr als in Sachsen gelungen, wo man heute auch in rein bäuerlichen Gegenden zahlreiche Socialdemokraten findet. Dörfer, in denen früher kein Socialdemokrat öffentlich reden durfte, sind heute vollständig in den Besitz dieser Partei übergegangen. Bei den letzten Gemeinderathswahlen auf dem flachen Lande ist es ihr gelungen, in 51 ländlichen Ortschaften der Dresdener und Chemnitzer Gegend nicht weniger als 124 ihrer entschiedensten Gefinnungsgenossen in die Gemeindevertretungen zu bringen. Die Zahl der socialdemokratischen „Gemeinderäthe“ ist damit in diesen Gegenden jedoch noch keineswegs erschöpft, da nur Ergänzungswahlen stattfanden und in manchen Gemeindevertretungen sich bereits von früher ein socialdemokratischer „Stamm“ befindet. In zehn Dörfern wurden die socialdemokratischen Candidaten sämmtlich und mit großer Mehrheit gewählt. Niemals sind in Sachsen die Gemeinderathswahlen für die Socialdemokraten so günstig ausgefallen. Zwar beziehen sich unsere Feststellungen auf ländliche Gegenden, die vorwiegend industriell sind oder doch von den Industriearbeitern der benachbarten größeren Städte bewohnt werden; doch sind unter den Ortschaften auch rein bäuerliche. Man befindet sich

Gastspiele in höheren Regionen.

Fragmente aus meinen Tagebüchern, von Bruno Geiser (Nachdruck ohne Erlaubniß des Verfassers verboten).

(Fortsetzung).

Hottländer war tödtlich erschrocken auf seinen Stuhl gesunken, der Medicinalrath aber langte kaltblütig über ihn weg nach einer Schüssel mit italienischem Salat und eröffnete ganz auf eigene Faust, nachdem die Bouillon herumgereicht wurde, das Souper, indem er einen ganzen Salatberg auf seinem Teller aufhäufte und wie ein halb Verhungertes darauf einfiel.

Ein zweiter Versuch Hottländers, mit dem Medicinalrath ein Gespräch anzuknüpfen, scheiterte wie der erste. Hottländer störete hin, der berühmte Arzt brüllte her — offenbar, ohne seinen höflichen Nachbar auch nur verstanden zu haben.

„Geben Sie sich keine Mühe, verehrter Herr Hottländer,“ hörte dieser eine wohlbekannte Stimme neben sich sagen: „Der Herr Geheimrath v. Krause sind ein wenig taub.“

Ganz erschrocken wandte sich Hottländer um und gewahrte an dem Plaze des Herrn Bürgermeisters T., der als Kaufmann bankrott gemacht hatte und seitdem durch Zeilenschreiberei eine in materieller Beziehung höchst fragwürdige Existenz fristete. Zuerst suchte sich der feine Mann von dem bedenklichen Nebenmann zu befreien, indem er ihm mit-

theilte, daß er — jedenfalls aus Versehen — einem reservierten Plaz eingenommen, — „unser Herr Bürgermeister wollen nämlich Plaz nehmen an meiner Seite“ — fügte Hottländer mit vielem Stolze hinzu.

„Der Bürgermeister muß aber leider Familienverhältnisse halber, auf das Vergnügen verzichten. Mein Schwager — Sie wissen, lieber Herr Hottländer, der hier den Festordner spielt — hat mir eben ein Entschuldigungsbrief des Herrn gezeigt und mich an seinen Plaz geschickt, damit Sie bei der Tafel doch wenigstens einen vernünftigen Menschen zur Unterhaltung haben. Daß der dicke Krause taub ist, das hatte ich nämlich eben meinem Schwager erzählt.“ „Profit, Herr Hottländer“, schloß der gemüthliche T. seine Erklärung und stieß mit Hottländer an, nachdem er sich höchst ungenirt aus dessen Flasche ein Glas Wein entgegengenommen.

Hottländer war in gelinder Verzweiflung. Ein Duzend Flaschen Wein aufgewendet zu haben, um seine Gesellschaft zu erkaufen, und dann auf einen lumpigen Zeitungsschreiber angewiesen zu sein — das war bitter. Der letztere gab sich indes die unendliche Mühe, seinen unglücklichen Nachbar, dem kein Wissen schmecken wollte, aufzuheitern. Er hatte das Amt des Einschenkens übernommen natürlich immer aus Hottländer's Flasche — und waltete dieses Amtes unermüdet. Erst wollte Hottländer nicht trinken — schon um T. gleichfalls zur Mäßigkeit zu zwingen; aber da wurden Toaste ausgebracht, — auf Seine Majestät den König, — auf Seine königliche Hoheit den Kronprinzen und das ganze königliche Haus, auf

die königliche Regierung, auf seine Excellenz, den das Fest mit seiner Anwesenheit beehrenden Corpscommandeur auf die städtischen Behörden, auf den Director des Vereins, auf die Gäste des Vereins, auf sämtliche Mitglieder des Vereins, — kurz, es wurden unaufhörlich Neben gehalten, die mit dreimaligen Lebehochs endeten und bei denen T. unserem Hottländer klar machte, daß er, grade wie der Medicinalrath und er, T., mit vollem Glase anstoßen und es regelmäßig bis zur Reige leeren müsse, wenn er sich nicht eines Verstoßes gegen die feine Lebensart schuldig machen wolle. So gelangte denn Hottländer rasch in einem ziemlich aufgeregten Zustand, in dem er schließlich seinem theils namsvollen Nachbar seinen Kummer anvertraute darüber, daß ihn der Zufall immer um die Gelegenheit, vornehme Bekanntschaften zu machen, prelle.

„Wenn es weiter nichts ist,“ meinte T., „so kann Ihnen schon geholfen werden. Sie verstehen sich doch sonst auf die Schwächen der vornehmen Herrschaften, lieber Herr Hottländer. So wüßte ich z. B. ein unfehlbares Mittel, das Herz unseres Herrn Corpscommandeur zu erobern.“

Sie können sich denken, daß Hottländer die Ohren spitze und schließlich den pfiffigen Zeitungsschreiber für die Mittheilung des unfehlbaren Mittels seiner klingenden Dankbarkeit versicherte.

(Fortsetzung folgt).

in Irrthum, wenn man glaubt, daß die bäuerliche Bevölkerung gegen die Lehren der Socialdemokratie gefest sei. Wir haben bäuerliche Besitzer und bäuerliches Gefinde als ausgesprochene Socialdemokraten kennen gelernt. Zwar sind diese Bauern-Socialdemokraten auch heute noch vereinzelt, aber die Socialdemokratie ist eifrig am Werk, deren Zahl zu erhöhen. Wo sie in einem Bauerndorf auch nur einen „Genossen“ hat, da werden ihrer bald mehr. Die socialdemokratische Presse, der früher auch in Sachsen das Land so ziemlich verschlossen war, ist dort jetzt durchaus heimisch geworden. Man findet sie in den Aneipen, noch mehr aber in den Wohnungen der kleinen Leute. Sie hat auf dem Lande ihre Ausgabestellen und ihre Beirathgeber, meistens socialdemokratische Localgrößen, Hausbesitzer, Gemeinderathmitglieder, radicale Wortschäumschläger. Auch in den Untersuchungen, die der „Verein für Socialpolitik“ über die Verhältnisse der Landarbeiter in Sachsen veranlaßt und jüngst veröffentlicht hat, wird festgestellt, daß die socialdemokratische Agitation auf dem Lande seit Jahresfrist zujehends an Boden gewinnt und daß von ländlichen Arbeitern socialdemokratische Zeitungen gehalten werden. Natürlich hütet man sich, die eigentlichen Ziele der Partei zu enthüllen; für das socialdemokratische Volkentuchschneidwerk ist auch der kleine ländliche Besitzer, der schlechte ländliche Arbeiter noch nicht zu haben. Die sächsischen Socialdemokraten sind Realpolitiker. Sie fassen den kleinen Bauer und Landarbeiter bei seinen persönlichen Verhältnissen; ihr Programm lautet hier: Verbesserung der Gemeindeverhältnisse, mehr Rechte und weniger Steuern für den kleinen Mann auf dem Lande. Die neugewählten Gemeindegemeinschaften sollen jetzt Fragebogen über Gemeindeverhältnisse zur köyrenen Ehre der Partei anfertigen. Nach einem vor einiger Zeit erlassenen Auftruf will man „für die ärmsten Genossen, wie Land-, Forst- und Straßenarbeiter, gleiche Broschüren und Arbeiterblätter unentgeltlich vertheilen.“ Groß ist die Sorge, Versammlungslocale, Versammlungseinberufer zu erhalten, aber man laßt sich keine Mühe verbieten. Wo auf einem entlegenen Dorf auch nur ein Genosse vereinzelt wohnt, da trallt sich die Partei an. Und, wie die letzten Gemeinderathswahlen bewiesen, mit Erfolg. Die anderen Parteien sind in Sachsen bei der Bekämpfung des socialdemokratischen Einflusses auf dem Lande meistens über eine gelegentliche schöne Rede noch nicht hinausgekommen.“

Solche Schilderungen können wir brauchen, um die Parteigenossenfaller außer-sächsischen Landesheile zu erhöhtem Eifer anzuspornen.

Angeregt durch die Darstellung des Sachverhalts über die Polizeihast schulpflichtiger Kinder in der „Frankfurter Zeitung“ bringen nun die Münchener „Neuesten Nachrichten“ aus der Feder eines freigesprochenen Untersuchungs-Gefangenen ausführliche Schilderungen über die Haftverhältnisse in dem Münchener Amtsgerichts-Gefängnisse. Darnach vollziehe sich der Haftvollzug unter Umständen, gegen welche die Polizei einschreiten würde, wenn sich Aehnliches in privaten Massenquartieren vorfände! Es wird ferner nach der Schilderung so wenig auf die moralische Qualität der Inhaftirten Rücksicht genommen, daß Unverdorbene, die ein unglücklicher Fehltritt oder ein Verdrach in das Amtsgerichts-Gefängniß gebracht, der Verderbtheit geradezu in die Arme geworfen werden. Es ist also da vielleicht in so und so vielen Fällen schon durch die ungeeignet geübte Execution des Staates ein größerer moralischer Schaden angerichtet worden, als er im Vergehen eines Inhaftirten vorlag! Das ist eine sociale Gefahr von großer Tragweite. Dem Gefängniß-Verwalter und dem vorgesetzten Amtsrichter sind nach den „Neuesten Nachrichten“ diese Zustände bekannt, aber sie können aus Mangel an Raum nicht abhelfen. Weiß der Justizminister von diesen Dingen? In juristischen Kreisen erzählt man sich, daß vor gewisser Zeit ein Richterbeamter, der zur Beaufsichtigung des Amtsgerichtsgefängnisses designirt war, sich 14 Tage nach Uebnahme des Amtes weigerte, dieses unter den geschilderten Umständen weiterzuführen. Er hat den Justizminister, ihn lieber zu pensioniren, als ihm die moralische Verantwortung für die durch Raumangel bedingten unhaltbaren Zustände tragen zu lassen. Dieser Richterbeamte soll dann verjezt worden sein. Aber wenn auch der Justizminister, unter dessen Amtsführung das gegenwärtige Gefängniß gebaut und erweitert wurde, davon bisher nichts gewußt hat, muß er jetzt sofort Remedur schaffen. Wenn aber wieder, wie in der letzten Kammeression von gewisser Seite gellagt wird, daß die Gefangenen zu human behandelt würden, dann kann man sie auf die Zustände im Amts-Gefängniß zu München verweisen.

Die „Dreslauer Morgenzeitung“ zeigt sich wieder einmal in der Glorie ihres hämischen Wesens. Es ist ihr offenbar saumohl dabei, daß sie Folgendes berichten kann:

„Zwischen dem Socialdemokraten Döbel, Professor der Botanik an der Züricher Universität, und verschiedenen Socialdemokraten konnte in einer öffentlichen Arbeiterversammlung in Zürich, wie die „Neue Züricher Zeitung“ meldet, nur mit großer Mühe eine Brüggelei vermieden werden. Socialdemokrat Wickers von Gogh beschuldigte den in der Versammlung anwesenden Professor Döbel, er habe Blech geschwagt und stecke stark in pfäffischen Banden. Nachdem Genosse Döbel zuerst in erregten Zwischenrufen seinen Gesinnungsgenossen Wickers von Gogh unterbrochen, wobei er das „von“ hämisch betonte, bestieg er selber die Tribüne und behauptete, er sei unverändert Socialist geblieben. Wickers von Gogh erwiderte dem Professor und Genossen mit scharfen, persönlichen Bemerkungen. Ein heftiger Wortwechsel entstand. Wickers von Gogh sagt zum Professor: „Sie Lügner!“ worauf Döbel entgegnet: „Sie Dumpl!“ Darauf sprangen die anderen Genossen auf, um einen Zweikampf zu verhängen. Es bildt sich ein dichter Knäuel von Streitenden; es wird gerufen, gesticulirt geschrien, eine hysterische Genossin fällt in Krämpfe, dabei entseztlich heulend. Die Genossinnen eilen sorgenvoll herbei und berathen den Fall. Der Spectatel dürrerte noch lange.“

Selbstverständlich hat sie diese Mittheilung einem Blatte entnommen, das der Socialdemokratie so feindlich als möglich gesinnt ist. Wenn wir nähere Nachrichten über den hier berührten Vorfalle haben, werden wir der „Morgenzeitung“ des weiteren unsere Meinung sagen. Für heute sei nur constatirt, daß das deutsch-freimäthige Blatt durch die Art seiner Berichterstattung nichts besser beweist, als die eigene niedere Gesinnung, die an solchen unbedeutenden Vorgängen, die überall passieren können und denen auch der fittlich höchst nehende Mann nicht auszuweichen vermag, ihre huben-haste Freude hat.

Ueber den Kaufmann Friedrich Mund, der das Vertrauen der deutschen Buchdruckerbesitzer genos, und beim Buchdruckerstreik den Auftrag erhalten hatte, Streifbretter anzuwerben, schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Glücklich geworden nach Unterbringung recht bedeutender Summen, es lösten gegen 110 000 Mark sein, ist der in vergangener Winter beim Buchdruckerstreik sehr im Vordergrund stehende Mund, dem damals vom Verein Berliner Buchdruckerbesitzer große Capitalien zur Beschaffung von Arbeitskräften überwiesen worden waren. Mund hat seiner Zeit auch fruchtig gewirkt und, da er unbedingtesten Credit besaß, auch ganz enorm verbraucht. Eine ganze Menge von Wiener Secern sind ihm während bis zu vielen Tausenden von Mark schuldig. Er hat so viel wie möglich versucht, hämische Ausstände einzuführen, doch hat er, wie es scheint, wenig Glück damit gehabt. Sollen doch sogar noch Secer in Berlin im wenig oder gar nichts von ihren damaligen Vorwürfen abbegehrt haben. Nach Beendigung des Streiks nahm Mund eine Stelle als Vertreter einer Leipziger Firma an und verdiente hierbei recht schönes Geld. In letzter Zeit buldigte er dem Spiel und verlor in manchen Nächten recht bei ächtliche Summen, zu deren Deckung er einlaufende Gelder der Firma benutzte. Endlich konnte er sich nicht mehr halten. Als ihm der Boden zu heiß wurde, verschwand er spurlos. Wie verlautet, begünstigt ihn seine Gelichte auf der Flucht. Von einer Verfolgung durch die Geschädigten ist bis zur Zeit abgesehen worden. Er ist verwandt mit verschiedenen angesehenen Persönlichkeiten und verheirathet, lebt aber seit einigen Jahren von seiner Gattin getrennt. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

Durchgebrannt in der hiesige Vertreter einer großen Leipziger Firma (Schriftgießerei), der Kaufmann Fr. A. Mund, der neben verchiedenen Unregelmäßigkeiten, die er seiner Firma gegenüber verübt, sich auch noch der Raubunterwerfung schuldig gemacht hat; er hat nämlich 1000 Mark mitgegeben heißen, die kein Comptoir-biener J. A. Rams „zur Sicherheit“ hatte binden lassen müssen. Der arme Mann hat nun das leere Nachsehen und befindet sich in erklärlcher großer Aufregung. Mund ist seit dem 5. d. Mts. verschwunden. [Neue Union-Beilage.]

Die lex Heinze hat bereits angefangen, sehr wohlthätig zu wirken. Als jüngst auf dem Telegraphenamte im Reichstage ein Berichtbauer des Wolff'schen Bureaus ein Telegramm aufgeben wollte, enthaltend die Beschlüsse der „Lex Heinze Commission“, verweigerte der Telegraphenbeamte die Annahme des Telegramms wegen seines unbilligen Inhalts.

Ueber socialdemokratischen Cynismus wird dem ungenannten Weltwahrer am Rhein, der „Köln. Zig.“ folgendes berichtet:

Stettin, 22. Februar. Wie der „Nothstand“ zeitweise ausgebeutet wird, lehrt folgender Fall: Eine Wittwe in Wolgast, die dort Almosenempfängerin ist, kam zu einem als Wohlthäter bekannten Bürger, um ihre Noth zu klagen. Sie hob dabei besonders hervor, daß sie seit dem Tode ihres Mannes nicht mehr zum heiligen Abendmahl hätte gehen können, weil ihr dazu eine anständige Kleidung gefehlt habe; es sei ihr ein Herzensbedürfnis, wieder einmal das Abendmahl zu nehmen. Gerade diese Klage bestimnte den Wohlthäter, die Kosten für ein neues, schwarzes Kleid zu bewilligen, das Kleid wurde angefertigt und auf Bestellung der „armen Wittwe“ sogar mit einer Schleppe versehen. Doch kaum war das Kleid fertig, so begab sich die Wittwe nicht zum Abendmahl, sondern auf einen Maskenball, um in dem neuen Gewand als „Circasfönigin“ zu glänzen. Der hier erscheinende socialdemokratische „Volksbote“ kann in diesem Vorfalle durchaus nichts Tadelnswürthes finden; er schreibt: „Schließlich kann man doch einer Wittwe nicht verdenken, wenn sie sich einmal eine vergnügte Stunde machen will. Für das Kleid ist es doch egal, ob es zum Abendmahl oder zum Maskenball getragen wird. Und wenn der hochschende Geber wirklich ein frommer Christ ist, so wird er doch die Bideiworte kennen: „Wer zwei Köpfe hat, der

gebe dem einen, der keinen hat.“ Jedenfalls hat es der Mann übrig gehabt.“ Solcher Cynismus bei den Socialdemokraten darf nicht befremden; wenn sie einmal ihre Karten ganz aufdecken wollten, würde Cynismus an allen Ecken und Enden sich zeigen.“

Die „Volkswacht“ ist auch so cynisch, den frommen Wohlthäter sammt der „Köln. Zig.“ einfach auszulachen.

Ungland.

Oesterreich-Ungarn.

Nach Schätzung der „Neuen Freien Presse“ wird das Mehr-Gründerniß des Reichs-Kriegsministers wieder 3-4 Millionen betragen, womit besonders der Präsenzstand der Infanterie bei weiteren 30 Regimentern vermehrt werden soll. Außerdem bereitet das österreichische Landesvertheidigungsministerium Vorlagen für die Herbsttagung des Reichsraths vor, um die österreichische Landwehr völlig den Honveds gleichzustellen unter Standeserhöhung um 6000 Mann, Erhöhung der Dienstpflicht von einem auf zwei Jahre und Ausgestaltung der Cadres, sowie Erhöhung der thatsächlichen Präsenz bei der Landwehr auf 19 Monate. Hiermit geschieht ein erster Schritt zur allgemein zweijährigen Dienstpflicht.

Schweiz.

Der große Rath zu Basel nahm am 25. Februar in erster Lesung ein Gesetz an, welches für die dem eidgenössischen Fabrikgesetz nicht unterstellten Gewerbe die Sonntagsruhe gesetzlich regelt. Danach sind an allen öffentlichen Ruhetagen alle Beschäftigungen, welche in industriellen, gewerblichen und landwirthschaftlichen Betrieben ausgeübt werden, sowie Beschäftigungen anderer Art, durch welche Lärm oder Störung verursacht wird, untersagt. Im kaufmännischen Betriebe dürfen Angestellte und Lehrlinge an den öffentlichen Ruhetagen nicht beschäftigt werden, Verkaufsläden und Magazine sind an den hohen Festtagen der ganzen Tag, an den gewöhnlichen öffentlichen Ruhetagen zwischen 9 und 10 1/2 Uhr Vormittags geschlossen zu halten. Angestellte und Lehrlinge, sowie Familienglieder unter 14 Jahren dürfen nur bis 12 Uhr Mittags beschäftigt werden. Ueberdies ist den Angestellten und Lehrlingen je der zweite Sonntag ganz freizugeben. Hiervon ausgenommen sind der Apothekerberuf, das Bäder- und Conditorgewerbe, das Metzger-, das Coiffeurgewerbe, die Gärtnerei, die Wirthschaften, Badeanstalten und Notzartenarten zugehöriger Art. In ganz besonderen Fällen sind weitere Ausnahmen gestattet, welche der Regierungsrath in jedem einzelnen Falle gewährt. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen unterliegen der Beurtheilung des Polizeigerichts.

Belgien.

Am 26. Februar, Vormittags um 9 Uhr hat das Referendum in der Stadt und den Vororten über das in Belgien einzuführende Wahlsystem unter reger Theiligung der Bevölkerung begonnen. Die Abstimmung findet über folgende fünf Anträge statt: 1. das mit vollendetem 21. Lebensjahr zustehende active allgemeine Wahlrecht (Antrag Janson); 2. das mit vollendetem 25. Lebensjahr zustehende active allgemeine Wahlrecht (Antrag Rothomb); 3. Ausschluß der Unterstügten und derer, die weder lesen noch schreiben können (Antrag Graux); 4. Abhängigkeit der Wahlberechtigung von dem Innehaben einer eigenen Wohnung und dem Nachweis eines gewissen Bildungsgrades (Regierungsvorlage); 5. Ausschluß derjenigen von der Wahlberechtigung, die keine Volksschulbildung besigen (Antrag Frère-Orban). Die Stimmenabgabe, welche in Wirthschaften, Caffees und anderen öffentlichen Localen vorgenommen wird, vollzieht sich in völliger Ruhe und Ordnung. In den Vorstädten wird die Abstimmung um 6 Uhr, im Innern der Stadt um 9 Uhr Abends geschlossen.

Das Gesamtergebnis des Volks-Referendums über das Wahlsystem stellt sich für Brüssel nebst Vororten wie folgt: Von 111 700 in die Listen eingeschriebenen Personen haben 60 279 ihre Stimme abgegeben. Davon stimmten für den Antrag Janson (das mit vollendetem 21. Lebensjahre zustehende active allgemeine Wahlrecht) 48 660 Personen, für den Antrag Rothomb (das mit vollendetem 25. Lebensjahre zustehende active allgemeine Wahlrecht) 7684, für die übrigen drei Anträge zusammen 3955 Personen.

Frankreich.

Im Pariser Municipalrath hat unser Parteigenosse Baillant den Antrag gestellt, den 1. Mai für einen Feiertag aller municipalen Arbeiter zu erklären, der bezahlt werden muß. Der Antrag ist der Commission für Arbeiterfragen überwiesen, welche ihn besfürworten wird. Ein Comitee für die Arrangements der Maifeier in Paris ist gewählt worden, welches in nächster Zeit seine Arbeiten zu beginnen hat.

England.

Unser Gefinnungsgenosse, der Arbeitervertreter **Reir Hardie**, erklärte am 24. Februar cr. vor seiner Wählerchaft seine Zustimmung zu allen Einzelheiten der Gladstoneschen Homerule-Vorlage, obgleich ihm die Bestimmungen über den gesetzgebenden Rath nicht behagen.

Serbien.

Ueber die Wahlvorbereitungen schreiben die großen Bourgeois Zeitungen:

Je näher der Tag der allgemeinen Wahlschlacht heranrückt, desto verzweifelter tobt im Lande der Kampf um den Besitz der Gemeinden. Ihnen kommt nämlich bei den Stupschinawahlen eine ganze bedeutende Rolle zu. Einmal wird am Wahltage in jeder Gemeinde, und zwar im Gemeindehause abgestimmt, was bei der geheimen Abstimmung schon deshalb ins Gewicht fällt, weil die Aufstellung der Wahlurnen, die Ordnung der Wahlfugeln und zahlreiche andere Dinge den jeweiligen Inhaber der Wahlräume allerlei kleinere und größere „Kunstgriffe“ gestatten, und andererseits werden die Wählerlisten von dem jeweiligen Gemeinderathe angefertigt und können nach dessen Gutdünken bis unmittelbar vor Beginn des Wahlsactes „berichtigt“ werden. Unter den Radicals war es nun Sitte, daß die Gegner in letzter Stunde aus der Liste einfach gestrichen wurden. Das Beispiel ist zu verhänglich, um von den um die Herrschaft ringenden Liberalen nicht nachgeahmt zu werden, und so kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich auch der radicale „Objet“ erst vor kurzer Zeit zu der Behauptung herbeiließ, daß bei den nächsten Wahlen — wie gewöhnlich — derjenige Sieger bleiben werde, der am Wahltage die meisten Gemeinden in Händen habe. Der heutige Minister des Innern scheint diese Ansicht vollends zu theilen und hat bisher mit der ihm angeborenen Energie diesem Ziele zugehauert. Seit Beginn der liberalen Regierung wurden nämlich bisher in 5000 Gemeinden die bisherigen radicalen Gemeinde-Ausschüsse durch Mißtrauenskundgebungen seitens der Bevölkerung beseitigt, während man in weitem 47 Gemeinden die ehrenwerthen radicalen Stadtväter im Disciplinarwege ihres Amtes enthub und durch Liberale ersetzte. Die Gemeindevorsteher in den Dörfern, die unter den Radicals fast ausschließlich Bauern waren, sahen sich theils bewußt, theils unbewußt zu allerlei Handlungen hin, die das Strafgesetz in aller Herren Ländern verpönt. Der eine verzehrte Steuergelder, der andere schenkte den antidynastischen Agitatoren Gehör und der dritte ließ, im Bewußtsein seiner Macht Herrlichkeit, unliebame Personen auf dem unter der radicalen Pöbelherrschaft nicht mehr ungewöhnlichen Wege des gedungenen Mordes ins bessere Jenseits befördern. Auf diese Art haben die Liberalen, die am Tage ihres Regierungsantrittes nicht mehr als 285 Gemeinden in Händen hatten, den Radicals außerdem noch 547 Gemeinden abgerungen, sodaß sie heute von den 1312 Gemeinden Serbiens 832 besitzen und am Wahltage in ungefähr 900 Gemeinden die Gemeindevertretungen beherrschen dürften. Wenn nun die obige Behauptung des „Objet“ stichhaltig ist, so können die Liberalen bei den bevorstehenden Wahlen auf ungefähr 80 bis 85 Sitze rechnen, in welchem Falle sie alsdann in der nächsten Stupschina über eine Mehrheit von beiläufig 30 Stimmen verfügen würden. Kommt keine Ueberraschung dazwischen, so kann sich diese Berechnung als ziemlich richtig erweisen. — Die Parteien in Serbien sind natürlich einander werth und würdig und die Radicals, welche natürlich mit serbischen Socialdemokraten garnichts zu thun haben, sind durch das Beispiel der Parteien und Personen, die vor ihnen die Macht besaßen, korrumpirt worden.

Nord-Amerika.

Der Vater des frechsten Schatzzollgesetzes, welches die neueste Zeit geschaffen hatte, hat die Hölle erreicht.

Nach einer Meldung des „Leipz. Tagebl.“ aus New-York ist über das Vermögen des bekannten Mac Kinley der Concurs erkannt worden. Er hatte für einen guten Freund Wechsel acceptirt, welche nicht honorirt worden sind. Mac Kinley hat seinen Posten als Gouverneur des Staates Ohio bereits niedergelegt. Geschichte ihm recht!

Vom Nothstande.

In Wien ist ein dreizehnjähriger Schulknabe Namens Johann Kern wegen Fälschung von Staatsnoten zu ein und fünf Gulden verhaftet worden. Von den ziemlich gelungenen Nachahmungen sind mehrere in den Verkehr gelangt. Der jugendliche Verbrecher giebt an, daß er die Fälschungen begangen habe, weil eine Familie Noth gelitten habe; der Vater, ein er-

werblosler Schuhmacher, ist gleichfalls verhaftet, ebenso die Mutter, weil beide von der Fälschung Kenntniß hatten. Drei kleine Geschwister des Knaben haben in städtische Obhut genommen werden müssen.

Nothstand oder nicht? Dieser Tage ist der Geschäftsbericht über den Betrieb des städtischen Schlachthofes in Leipzig für das Jahr 1892 veröffentlicht worden. Es geht aus ihm ein Rückgang des Fleischverbrauchs hervor. Namentlich hat, wie die „Voss. Stg.“ meldet, der Verbrauch an Rindfleisch nicht bloß verhältnißmäßig, sondern auch absolut einen Rückgang um 20 940 Kilogramm erfahren, denn er ist von 6 939 801 Kilogr. im Jahre 1891 auf 6 908 861 Kilogramm herabgesunken. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 1892: 18,27 Kg. Rindfleisch (1891: 19,14 Kg.), 2,75 Kg. Hammelfleisch (2,85 Kg.), und 21,43 Kg. Schweinefleisch (21,69 Kg.). Der Verbrauch an Kalbfleisch bezifferte sich ebenso wie im Vorjahre auf 5,46 Kg. Insgesamt ergibt sich demnach ein Rückgang von 49,14 Kg. auf 47,91 Kg., das sind 2,5 pCt. des vorjährigen Verbrauchs. Es leuchtet ein, daß diese Abnahme des Consums einen bedeutenden Ausfall im Ernährungsbudget der großen Masse bedeutet. — In der Zeit vom 1. November 1892 bis zum 21. Februar 1893 übernachteten in den drei Herbergen zu Wandsbeck im Ganzen 9156 Personen, und zwar in der Herberge „Zum goldenen Löwen (Grünenforten)“ 5601, bei Däncke, Sternstraße, 1937 und auf der Maurer- und Schneiderherberge in der Lübeckerstraße 1618 zugewandte Arbeiter. Wer bei solchen trübten Anzeichen nicht glaubt, daß kein Nothstand unter den deutschen Arbeitern vorhanden ist, dem ist eben nicht zu helfen.

Anbaupolitik und Nahrungsmittel.

Von Dr. Rudolf Meyer.

(Fortsetzung).

Das ist also die Folge, nicht des „neuen Curfes“, der hieran ganz unschuldig ist, sondern der Bismarckschen Kampfs- und Schutzollpolitik und des von den Großgrundbesitzern befolgten Rathes des Grafen Mirbach, nicht hinlänglich Getreide für den Bedarf des deutschen Volkes zu bauen, weil dann der deutsche Kornpreis auf das Niveau des Weltmarktpreises fallen würde. In welche schmachliche Abhängigkeit Deutschland dadurch von den Dankes gerathen, sagt kühl die „Frankfurter Zeitung“, wohin das im Falle eines Krieges führen mag, ist unaussprechlich. Und ob der Frieden erhalten werden kann, selbst wenn — was mir wahrscheinlich ist — der Czar und zwei Kaiser es jetzt wünschen, ist unbestimmbar, wenn in Rußland schon jetzt ein Gebiet, größer als Oesterreich und Deutschland, mit über 30 Millionen Menschen der Hungersnoth unterworfen ist. Diese macht heute zweifellos den Czaren frieblich — aber auch das russische Volk?

In solcher Lage wäre die von mir vor dreiviertel Jahren wieder aufgenommene, in 1880 und 1883 bereits ausführlich entwickelte Idee, es sei nothwendig, den deutschen Grundbesitzerstand zu zwingen, Deutschland in Bezug auf die Getreideversorgung von dem Auslande unabhängig zu machen, doch wohl etwas mehr werth als Hohn und Spott großer Blätter — die jenen miraculösen „besonderen Standpunkt, von dem aus die deutsche Landwirtschaft die Auslandspolitik bezüglich der Lebenspolitik nicht zu fürchten hat“ (Kreuztg. im April), noch immer nicht enthüllten.

Daß die Großgrundbesitzer sich des Grafen Mirbach Rath nutzbar gemacht haben, steht fest*), denn sonst bauten sie Getreide genug für Deutschland. Daß die Regierung sie zu dieser Haltung in den Stand gesetzt und geradezu ermuthigt hat, ist ebenso Thatsache, sonst hätte sie die Exportprämien auf Zucker und Spiritus, den Schutzoll auf Stärke und Getreide aufgehoben müssen. Daß wir, jetzt die Regierung jene

*) Die Großgrundbesitzer bilden in ihren landwirthschaftlichen Vereinen, die in dem Central-Verein der Steuer- und Wirthschaftsreformer centralisirt erschienen, seit einem Duzend Jahren einen „Corner“ (Cartell) ohne einen formulirten Corner- oder Syndikatsvertrag. Sie richten ihre Production so ein, daß immer ein Getreidebedeicit bleibt, sie reguliren die Getreideproduction, was eine charakteristische Seite der Cornerpolitik ist. Andererseits schlägt Herr von Groß-Klantz vor, Elevatoren zu errichten und darum Genossenschaften von Landwirthen zu bilden, welche darin ihr productirtes Getreide lagern, bis ihnen der Preis convenirt. Diese künstliche Preissteigerung ist die zweite charakteristische Seite der Cornerpolitik. Interessant ist dabei nur die Halveität der Agrarier, welche an den Staat das Verlangen stellen, er solle ihnen die Elevatoren auf Staatskosten herstellen! Sonst zeter die „Kreuzzeitung“ und ihre Partei gegen die Corner und verlangen Gesetze gegen dieselben, und für den das ganze Land umspannenden Landwirths-Corner verlangt sie sogar, daß der Staat ihm die dazu nöthigen Magazine baue! Diese Partei ist non capax — rapax!

Politik fort, in den nächsten Jahren ganz abhängig von den Vereinigten Staaten werden, ist mir höchst wahrscheinlich. Also bleibt nur die Wahl zwischen dem Betteln um Brot von Amerika oder dem durch die Regierung auf die Großgrundbesitzer zu übenden Zwange, genügend Getreide für den deutschen Bedarf zu bauen.

Dazu genügt nun nicht jene soeben erwartete Aufhebung von Exportprämien und Schutzöllen, da mittelst derselben wohl nur 1/3 bis 1/2 des jetzigen Imports bedeckt werden dürfte. Es gehören noch andere Maßregeln dazu.

Nach der Geberbeaufnahme von 1882 betrug der landwirthschaftlich nutzbare Boden (also ohne Wald, Wasser, Umland, doch inclusive Viehweiden und Wiesen) 32 566 000 Hektare in ganz Deutschland, wovon 1 807 000 Hektare auf Betriebe unter 2 Hektare kamen, die landwirthschaftlich nicht in Rechnung zu stellen sind; da sie höchstens einen Theil des Bedarfes der Eigenthümer decken; bleibt eine Fläche von 30 759 000 Hektaren. Büdner und Bauern (Besitzer von 2 bis 20 Hektaren) haben davon 12 742 000 Hektare, Klein-gutsbesitzer (20 bis 100 Hektare) 10 165 000 Hektare und große Betriebe über 100 Hektare 7 852 000 Hektare. Die letzteren beiden Klassen von Gutsbesitzern besitzen also 33 resp. 26 Procent, zusammen circa 60 Procent der als landwirthschaftlich in Betracht kommenden Fläche.

Ich empfehle nun ganz ernsthaft und von conservativen Motiven dazu bewogen, daß zunächst bloß alle landwirthschaftlichen Betriebe mit mehr als 100 Hektaren oder 400 Morgen pflugbaren Ackers unter Staatsaufsicht gestellt werden, insoweit, als sie ihre Fruchtfolge dazu bestimmten Landwirthschaftsinspectoren einzureichen haben. Diese haben mit ihnen, wie schon bisher mit Domänenpächtern, den Wirthschaftsplan festzustellen und die Landwirthe haben dann unter Strafe, im ersten Falle der doppelten, im Wiederholungsfalle der dreifachen Grundsteuer, diesen Wirthschaftsplan zu befolgen. Es kann dadurch auf Vermehrung des Brotkornbaues gewirkt werden.

Die letzten drei Jahrhunderte durch, bis Napoleon I. dem Kirchenstaat provisorisch ein Ende machte, haben aufeinanderfolgend: Päpste durch ähnliche Maßregeln, insbesondere durch die Strafe der Grundsteuererhöhung, die Großgrundbesitzer der römischen Campagna zu zwingen versucht, ihre Latifundien zweckmäßiger zum Anbau mit Getreide für die Bevölkerung Roms als zur Viehweide zu benutzen. Ja, sie gingen so weit, Jöbermann, sogar Leuten, die nicht Unterkhanen des päpstlichen Regiments waren, zu gestatten, daß sie auf den Besitzungen rentirender Latifundienbesitzer sich niederlassen und dort Landwirthschaft treiben durften, ohne die Erlaubniß der Besitzer einzuholen, wofür sie den Grundbesitzern eine von der Behörde sehr niedrig bemessene Naturalpacht, 1/7 bis 1/5 der Ernte, zu zahlen hatten. Die Päpste haben in diesen drei Jahrhunderten den Grundsatz obrigkeitlich zur Geltung gebracht, daß der nationale Grundbesitzerstand nicht das Recht hat, den Grund und Boden so auszunutzen, wie er ihm die höchste Rente gewährt, so lange dessen Ertrag an Lebensmitteln den Bedarf der Bevölkerung nicht deckt. Herr G. Ardant in Paris hat die betreffenden Verordnungen in dem Buche „Papae et Paysants“ mitgetheilt.

Wenn über ein Viertel der jetzigen landwirthschaftlichen Fläche somit einer Controle bezüglich ihrer zweckmäßigen Benutzung unterworfen sein wird, so dürfte darauf das Deficit an Getreide gedeckt werden. Genügt dies aber nicht, so kann man ja einen Schritt weiter gehen, und Besitzungen mit mehr als 300 und weniger als 400 Morgen ebenfalls der Staatsaufsicht unterwerfen.

Es ist das ein Zwang, dem die Besitzer von den größeren Gütern unterworfen werden sollten, allein erstens haben sie ihn selbst durch ihr Verhalten nöthig gemacht, und zweitens dürfte es ihnen unter solchen Umständen möglich sein — wenigstens den Besitz zu retten. Ich erinnere daran, daß dieser nicht nur von Socialdemokraten und sogenannten Bobentreformern (Härschheim) bedroht wird, sondern daß auch Herr Eugen Richter unter Beifall der Liberalen, nicht socialistischen Vinken den höheren Schutzoll fordernden Agrariern drohend zurief, wenn sie denn ohne immer neue Forderungen von Staatshilfe nicht auskommen könnten, so „expropriiren wir die Gesellschaft!“

Es ist meine feste Ueberzeugung: Wenn der Großgrundbesitz nicht bald unter Staatscontrole gestellt und gezwungen wird, Deutschlands Volk mit Brot zu versorgen, so hört er noch in diesem Jahrhundert auf zu existiren und verißt mit sich noch eine Reihe anderer Existenzen, die mehr werth sind, als er.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. März 1893.

[Die wissenschaftliche Abtheilung des socialdemokratischen Vereins] hat am Montag, den 27. Februar, in dem Gasthaus zu den „drei Tauben“ auf dem Neumarkte ihren Lehrcursus mit 40 Theilnehmern begonnen. Geiser hielt seinen einleitenden Vortrag zur Geschichte des Socialismus, der in verschiedenen seiner Hauptpunkte von allen Anwesenden durch schriftliche Notizen begleitet wurde und von ihnen in der nächsten Stunde wiedergegeben werden sollen. Der Eifer, mit dem die Hörer dem Vortrage folgten, war ein ungemein erfreulicher. — Anmeldungen für den Lehrcursus können noch während der nächsten vierzehn Tage bei dem Vorstände des socialdemokratischen Vereins, sowie bei der Redaction der „Volkswacht“ erfolgen.

[Herr wer bin ich! — So brüsten sich die Conservativen anlässlich der bevorstehenden Stichwahl im Wahlkreise Liegnitz-Goldberg-Gaynau. In ihrem Organ, der „anständigen“, „Schlesischen Zeitung“, theilen sie mit, daß die Conservativen sich am nächsten Wahlgange nicht betheiligen werden. Man schreibt zum Schluß:

„Daß wir für den freisinnigen Candidaten eintreten, ist ausgeschlossen, ebenso ausgeschlossen ist aber ein Sieg des deutsch-socialen Candidaten ohne die Unterstützung der socialdemokratischen Partei, und daß sich hierbei conservative Männer und Socialdemokraten zusammenfinden, dieses Schauspiel möchten wir — von allen anderen Gründen abgesehen — unserem Wahlkreise und unserer Partei erspart wissen.“

Die conservativen Mannesgeelen können sich beruhigen, oder sie werden sich vielleicht mehr aufregen, denn die Socialdemokraten werden nicht für Hertwig stimmen, sondern das Gleiche thun, was die Conservativen angeht thun wollen.

[Zeugen gesucht.] Zur Strafsache gegen den Genossen Redacteur Friedrich in Sachen der Militär-Affäre von Reife, welche nächsten Monat zur Hauptverhandlung gelangt, fehlen noch zwei Zeugen: der Klempner Weichsel und ein gewisser Sittschel. Ersterer wohnt Friedrichstraße 80 mohnhaft sein, letzterer Sadowastraße 76. Beide sind jedoch nicht dortselbst mohnhaft und auch nicht auffindbar. Es ergeht deshalb an alle Parteigenossen die Aufforderung etwaige mögliche Auskunft über den jetzigen Aufenthalt der Genannten umgehend der Redaction mitzutheilen.

[Zur ersten Arbeitslosen-Versammlung.] Der Tischler Albert Rühr, welcher gelegentlich derselben, d. h. auf dem Ringe bei dem angeblichen Tumulte verhaftet und weiter in Untersuchungshaft behalten wurde, ist trotz mehrfachen Ersuchens seines Rechtsbeistandes bis jetzt noch nicht aus derselben entlassen.

[Lebensrettung.] Sonntag in der 5. Nachmittagsstunde bot sich den nach Rosenthal hinausirrenden Spaziergängern ein aufregendes Schauspiel. Zwei Schulknaben tummelten sich auf dem morischen Eise eines der tiefen an der Chaussee liegenden Oberkämpels, bis plötzlich der eine Knabe einbrach und versank. Glücklicher Weise tauchte er an der Bruchstelle wieder auf und vermochte sich am Rande des Eises anzuklammern, aber keiner der zahlreichen Vorübergehenden wagte das morische Eis zu betreten. Endlich brachte der Gerichts-Referendar Kühnemann von hier Hilfe, indem derselbe, kurz entschlossen, einen Baumpfahl an der Chaussee ausriß und sich dann, auf dem Bauche rutschend, auf dem Eise so nahe an die Unglücksstelle heran schob, daß der Knabe den Pfahl erfassen konnte. Es gelang schließlich dem Muthigen, den Knaben mit Hilfe des Pfahles herauszuziehen und auf eine halbbare Stelle des Eises zu schleifen. Als beide auf festem Boden angelangt waren, verabreichte der Retter dem Verretteten einen kräftigen Denktittel und entfernte sich mit triefenden Kleidern.

[Verbot des „Sommerfingens“. Dem Magistrat unserer Stadt ist seitens des hiesigen königlichen Polizeipräsidiums mitgetheilt worden, daß zum Schutze der hiesigen Bevölkerung auch in diesem Jahre wegen der groben Belästigung durch das sogenannte Sommerfingen am Sonntage Lätare (12. März d. J.) gegen die zum Zwecke des Sommerfingens herumziehenden Kinder bezw. deren Eltern, Vormünder u. dergl. auf Grund der Paragraphen 360, Ziffer 11, bezw. 361, Ziffer 4 des Reichsstrafgesetzbuches eingeschritten werden wird.

[Die telegraphische Verbindung mit Kamerun] ist hergestellt und am 21. Februar in Kamerun eine kaiserlich deutsche Telegraphen-Anstalt eingerichtet worden. Die Wortgebühr für Telegramme aus Deutschland nach Kamerun beträgt Mk. 10.10; die Beförderung findet über England, die Eastern-Kabel und St. Vincent statt.

[Privatbriefbeförderungsinstitut „Gansa.“] Unter dieser Bezeichnung ist von den Herren Panitz u. Lehmann ein ähnliches Unternehmen begründet worden, wie wir es vor Jahren schon in der „Harmonia“ hatten. Karten (Gansakarten) und Kartenbriefe werden ausgegeben und zu 2 1/2 resp. 3 Pf. befördert werden. Der Tarif wird bald zur Ausgabe gelangen. Die Bestellungen erfolgen viermal wochenttäglich.

[Ein verlassenes Kind.] Am 27. Februar, Nachmittags wurde auf dem Blücherplatze ein 11 Jahre altes Mädchen, welches sich Anna Schubert nennt, verlassen angetroffen und im Armerhause untergebracht. Das Mädchen giebt an, von seinen in Penkwitz bei Goyerswerda ansässigen Eltern auf der Fahrt nach Breslau zwischen Kammendorf und Breslau verlassen worden zu sein.

[Entlaufen.] Das 13 Jahre alte Mädchen Gertrud Fromm hat sich am 24. Februar aus der Wohnung ihrer Mutter auf der Schulgasse entfernt und ist nicht mehr zurückgekehrt. Das Mädchen ist mittelgroß, hat blondes Haar und schielt auf dem linken Auge. Die Kleidung des Mädchens besteht aus marineblauem Mantel, rothem, weißgestülptem Kleid, rothbrauner Mütze, rothen Strümpfen und Leder-Gamaschen.

[Unglücksfall.] Am 27. Februar, Vormittags, kam auf dem Ringe ein Schuhmachermeister beim Verlassen der Werdebahn zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Fußgelenks. Nachdem dem Verunglückten ein Nothverband angelegt worden, wurde er mittelst eines Krankenwagens nach dem Hospital zu Allerheiligen gebracht.

[Diebstähle.] Am 27. v. Mts., Abends, wurde eine 19 Jahre alte Wirthschafterin in Haft genommen, die einem am Nicolaistadtgraben wohnenden Herrn in frecher Weise bestohlen hatte. Sie entwendete ihm Silberfachen im Gesamtwert von 550 Mk.; außerdem eignete sie sich kostbare Wäsche an, welche einen Wert von 850 Mk. repräsentirte. Das Gestohlene verfolgte sie dann in verschiedenen Leihämtern und verwendete den recht ansehnlichen Erlös in ihrem eigenen Nutzen. — Seit dem 16. v. Mts. war bei einem Mühlenbesitzer in Seitendorf ein Mädchen in Stellung, welches sich Caroline Demuth nannte. Am 26. v. M., Morgens, war das Mädchen spurlos verschwunden. Es stellte sich bald heraus, daß es einem Herrn ein Kästchen, welches etwa 100 Mark, eine goldene Uhrfette im Wert von 90 Mark, und einen goldenen Trauring, gezeichnet „S. R. 2. Juni 1881“, enthielt, entwendet hatte. Es ist ermittelt worden, daß die D. bin ihren Weg nach Breslau genommen hat. Die Frauensperson ist untersezt, hat braune Augen, dunkelbraunes Haar und niedrige Stirn. Eine Anzahl bei ihrem Dienstherrn zurückgelassene Schriftstücke lauten sämtlich auf den Namen Margarethe Rosenblatt. Es ist anzunehmen, daß der Name Demuth nur ein Jüngerer ist.

[Auffinden eines Entseelten.] Am 26. v. Mts. wurde im Scheiniger Park ein Mann erhängt aufgefunden. In dem Manne wurde der Schuhmachermeister Hermann Richter aus Berlin, geboren den 11. März 1840, ermittelt. Hierorts ansässige Angehörige dieses Mannes mögen sich bald im Zimmer 5 des Polizei-Präsidiums melden.

[Polizeiliche Meldungen.] In das Polizeigefängnis wurden am 27. d. Mts. 50 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einem Rosschlächter auf der Stockgasse eine graue Toppe; aus einem Neubau auf der Stockgasse mehrere Bleiröhren mit Messinghähnen; einem Dienstmädchen von der Feldstraße ein Paket Wäsche. — Abhanden kam: Ein schwarzseidener Regenschirm. — Gefunden wurden: Ein Muff, zehn Pfund gelbes Wachs, eine Peitsche.

Schlesien.

Freystadt. Behüt' Euch Gott, es wär' ja schön gewesen! Am Sonntag, den 26. Februar, sollte hier, wie durch Inerat bekannt gegeben wurde, einmal gehörig Agitation für die Hirsch-Dunder'sche Gewerkevereinsache getrieben werden. In Adels Saal tagte denn auch eine Gewerkevereins-Bersammlung. Ein Herr Trautmann aus Liegnitz hatte ankünden lassen, daß er über „Zweck und Ziele des Gewerkevereins und warum find wir keine Socialdemokraten“ ipreden werde. Freie Discussion war zugesichert. Der Grund des so muthwilligen Herauswagens der Gewerkevereiner lag darin, daß man sich diesen Sonntag einmal besonders sicher fühlte. Genosse Stolpe, welcher hier für diese Gegend der gefährliche Fährten ruhiger Schaffereien ist, hatte in Dersch-Wartenberg zu referiren, er konnte also den Herren nichts vereiteln. Mit den Freystädter Socialdemokraten glaubte man aber schließlich fertig zu werden und hatte man sich zur Hilfe die Kaufmännische Anstalt mitgebracht. Einen ganzen Wagen voll fremdes Kriegsvolk, es mochten ihrer wohl am 40 Mann sein, sah denn auch Freystadt anlässlich dieser Bersammlung in seinen Mauern. In letzter Stunde betamen aber die Hirsch-Dunder'schen Harmonieschwärmer Wind, daß die bösen Soci doch einen Segensredner stellen werden; die Folge war, daß der Referent Herr Trautmann es vorzog, lieber nicht zu sagen, warum sie keine Socialdemokraten sind; wie er es

überhaupt vermied, den principiiellen Standpunkt der freisinnigen Gewerkevereiner klar zu legen und die Socialdemokratie vollständig in Ruhe ließ. Er dachte, besser ist besser und er hat auch schließlich schlau gedacht. Seine Ausführungen beschränkten sich auf eine Erörterung des Gewerkevereins-Statuts und auf ein mehrmaliges darauf hinweisen, daß es ja überhaupt nur nöthig wäre einer Organisation anzugehören. Nach dem Vortrag bevor man zur Discussion schritt trat et-e Pause ein. Der Vorsitzende gab nun zunächst bekannt, daß die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt sei. Eine Bureauwahl hatte man nicht vorgenommen und da die Gewerkevereiner den Vorsitz in Händen hatten, so ließ sich auch nicht gut eine unbeschränkte Redezeit erzielen. Als Redner trat nun Genosse Henna aus Breslau auf; zeigte der Bersammlung wie der Referent wohlweislich sich gehütet habe folgerichtige Schlüsse in seinem Vortrag zu entwickeln und daß die Vortheile die ja etwa die Mitgliedschaft des Gewerkevereins enthalten bedeutend von den Nachtheilen aufgewogen werden die der Beitritt zu einer Organisation im Besolge habe, welche auf jeden Fall dazu berufen sei den Arbeiter von der Erkenntniß seiner Klassenlage abzuhalten. Er konnte sich wohl mit dem Referent in einigen seiner Ausführungen einverstanden erklären, jedoch die, des Referenten Ausführungen, richteten sich, wenn derselbe nur weitere Schlüsse zu ziehen vermocht hätte, gegen das für was er seinen Vortrag eigentlich habe halten wollen. Es entwickelte sich nun zwischen den Beiden eine in durchaus sachlicher Weise gehaltene Discussion, in welcher Herr Trautmann leider erkennen mußte, umsonst Mühe, Arbeit und sonstige Opfer gebracht zu haben. Die so zahlreich aufgetretenen Begleitmannschaften verhielten sich auch äußerst verlegen. Man hat schließlich doch, sich als Mitglieder zum Gewerkeverein aufnehmen zu lassen, wenn auch dagegen gesprochen wäre. Der Referent hielt noch ein Verlegenheits-Schlusswort und schritt man nachher eiligst zur Schließung der Bersammlung. Das übliche Hoch auf den Kaiser wurde auch ausgebracht. Wir für unsern Theil sind mit dem Verlauf, überhaupt mit der Abhaltung der Bersammlung vollständig zufrieden; um so mehr, da uns dieser, am hiesigen Ort der geeignetste Bersammlungsort nicht zur Verfügung steht. Der Herr Referent Trautmann vertrat nach seiner Aussage, die „gerechte Sache“ und da diese siegen werde, so eruchen wir, uns recht bald wieder in gleicher Weise Gelegenheit zu geben, über die gerechte Sache eine Discussion hören zu können. Ob man sich noch so viel Muth aus der Sonntag-Bersammlung gerettet hat, um einen neuen Kampf zu wagen? Wir glauben's kaum.

Aus den Nachbarprovinzen.

Posen, 27. Februar. Zu Tode mißhandelt. Die „Posener Zeitung“ schreibt: Ueber den Tod einer vorgestern verstorbenen Fächerfrau in der Schützenstraße scheint ein geheimnißvolles Dunkel zu walten. Derselbe hatte lange mit ihrem Manne in Unfrieden gelebt, und es war bekannt, daß die ehelichen Zwistigkeiten sehr oft in Thätigkeiten ausgeartet waren. Die Nachbarn wollten denn auch, als sie von dem Tode hörten, nicht daran glauben, daß die Frau auf natürliche Weise ums Leben gekommen sei, und benachrichtigten daher die Polizei. Diese veranlaßte sofort die Ueberführung der Leiche nach dem städtischen Krankenhaus, wo dieselbe am Sonnabend bereits untersucht worden ist. Die Obduction hat nun ergeben, daß der Tod der Frau durch fortgesetzte sanftere Mißhandlungen erfolgt ist, und in Folge dessen wurde der Mann sofort in die Untersuchungshaft abgeführt.

Gerichtliches.

Die Gislebener Affaire vor Gericht. Am 27. Februar begannen zu Gisleben vor der dritten Strafkammer die Hauptverhandlungen wider die an dem bekannten gewaltthamen Zusammenstoß, gelegentlich einer socialdemokratischen Bersammlung vom 31. Mai 1891, betheiligten Personen. Die Anklage lautet auf Körperverletzung. Rechtsanwa't Heine Berlin stellte den Antrag, das Gericht möge seine Unzuständigkeit erklären und die Sache vor das Schwurgericht verweisen. Der Antrag wurde abgelehnt. Ueber den Gang der Verhandlungen werden wir ausführlich berichten.

Leipzig, 28. Februar. Das Reichsgericht verwarf auf Antrag des Rechtsanwa't die Revision des Redacteurs Genossen Thiel gegen das Urtheil des Landgerichts Breslau, wodurch derselbe wegen Beleidigung des Landgerichtsdirectors Schmidt zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Nach der Ansicht des Reichsgerichts war die Form, der unfernen Letern zur genüge bekannten damaligen Vorgänge, beleidigend gewesen.

Parlaments-Berichte.

Original-Berichte der „Volkswacht.“

Deutscher Reichstag.

54. Sitzung,

Dienstag, den 28. Februar. — 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung: Etat des Auswärtigen Amtes und Colonial-Stat.

Abg. Scipio (nat.) bemerkt, daß angesichts der Auszubildungen französischer Blätter, wonach deutscherseits König Bejanzin in seinem Kampfe Frankreich durch Waffenlieferungen u. unterstützt worden sei, das Auswärtige Amt sicher die Ueberzeugung theilen werden, daß in jenen Gebieten alle Culturnationen dasselbe Interesse haben. Er hofft aber auch angesichts der Verhaftung Deutscher in Whyda, daß das Auswärtige Amt Alles thun werde, die Deutschen in der Fremde zu schützen. Er wünscht ferner, daß die Consulatsberichte eingehende und zuverlässige Mittheilungen über Kaffee-Ernte und Kaffeehandel bringe.

Staatssecretär Freih. v. Marschall: Die Erstattung solcher Berichte liege in der That in der Aufgabe der Consuln. Unzuverlässige Informationen könnten allerdings leicht mit unterlaufen, was dann Reclamationen veranlasse. Zudem würden die Berichte durch telegraphische Meldungen überholt. Die Dahomey-Angelegenheit anlangend, so waren die Angaben französischer Blätter falsch. Vor Erklärung der Blockade hätten allerdings Waffenlieferungen an Dahomey

hatte gefunden, sogar von Franzosen selbst. Auf die Nachricht von der Verhaftung zweier Deutscher habe sich das auswärtige Amt sofort an die französische Regierung gewendet, diese erklärte aber, noch ohne Information zu sein. Am 24. December, nachdem bereits das deutsche Schiff „Falle“ zum Schutz unserer Staatsangehörigen an die Küste geschickt war, wurden die Verhaftungen bekräftigt und Untersuchung angeordnet. In Verfolg derselben wurden 12 Deutscher ausgewiesen und deutsche Factorien geschlossen. Gegen die Ausweisung habe er nicht reclamirt, weil in Kriegszeiten jede Nation diejenigen Personen entfernen kann, die sie für unliebsam halte. In analogen Fällen müssen wir dasselbe Recht für uns beanspruchen. Herrschafts zweier Factoren sei die Wiederherstellung der Schließung durchgesetzt; bei einer wurde die Maßregel aufrechterhalten, weil diese Factori noch nach Erklärung der Blockade Waffen an Dameson geliefert haben soll. Die Firma selbst behauptet, von Bahanzin zur Herausgabe von Waffen gezwungen worden zu sein. Wer Recht habe, lasse sich von hier schwer erweisen. Den Deutschen im Auslande werde nach Kräften Schutz gewährt, aber sie können nicht gegen alle Gefahren geschützt werden, die ihnen aus den besonderen Verhältnissen des Landes entstehen, in dem sie sich niedergelassen haben, oder aus der besonderen Natur ihres Geschäfts.

Abg. Dr. Bamberger (fr.): Solche Zumuthungen, wie Scipio gestellt, dürfe man an die Consule nicht stellen. Je mehr ein Consul von der Kaiserliche verhe, um so zurückhaltender werde er in seinen Berichten darüber sein.

Abg. Lucius (Rp) fragt, inwiefern die Regierung die Interessen der deutschen Gläubiger Portugals wahrzunehmen bemüht gewesen sei.

Staatssecretär Frhr. v. Marschall: Die deutsche Copierung sei um das Zustandekommen einer gültigen Vereinbarung bemüht gewesen. Gegen die Benachtheiligung der äußeren Schuld gegenüber der inneren um 2098 sei Protest erhoben worden. Inzwischen sei das betreffende portugiesische Ministerium gefallen und wie das neue Ministerium die Sache ordnen werde, wisse man noch nicht. Deutscherseits werde aber nicht aufgehört werden, gegen eine verschiedene Behandlung die inneren und ausländischen Gläubiger zu protestiren. Möge dieser Vorgang aber dem zur Warnung dienen, die ihr Gold in ausländischen Papieren anzulegen.

Abg. Graf Mirbach (conf.) weist auf die Gefahr hin, welche der deutschen Landwirtschaft durch den Handelsvertrag mit Rußland drohen. Was solle aus der Landwirtschaft werden, wenn sie jahrelang unter den heutigen niedrigen Preisen arbeiten soll! Jedenfalls sei eine Regelung der Silberfrage unerlässlich, wenn ich auch unser Conventionaltarif Rußland gegenüber auf 12 Jahre festgelegt werden soll.

Reichskanzler Graf Caprivi: In der Währungsfrage sei ohne England eine Aenderung nicht möglich. Die Landwirtschaft bedürfe Stabilität der Verhältnisse; diese werde durch die Verträge geschaffen. Graf Mirbach wolle den Differentialzoll von 15 Mark gegenüber Rußland bestehen lassen und gleichzeitig den Identitätsnachweis aufgehoben wissen. Nun lege ihm eine Eingabe ostpreussischer Conservativer vom Mai v. J. vor, welche vom Grafen Mirbach mitunterzeichnet ist und in welcher ausdrücklich geäußert wird, daß die Aufrechterhaltung der Differentialzölle eine schwere Schädigung für die Provinz Ostpreußen bedeute und daß deshalb wenigstens der Identitätsnachweis aufgehoben werden möge, da darin wenigstens ein theilweiser Ersatz für jene Schädigung gegeben sein würde. Graf Mirbach habe also damals die Differentialzölle für eine schwere Schädigung gehalten, während er sie jetzt aufrecht erhalten wissen wolle. Aus so verschiedenen Auffassungen könne er keine Richtschnur für das von den verbündeten Regierungen einzuschlagende Verfahren entdecken.

Abg. Dr. Barth (fr.): Durch die Aufrechterhaltung des Differentialzolls von 5 Mark gegen Rußland würde man nur erreichen, daß das russische Getreide auf Umwegen bei uns eintrifft werde. Redner weist ferner darauf hin, daß Nordamerika jetzt die Streitigkeiten mit europäischen Mächten den Weg schiedsrichterlicher Lösung vorschlägt und daß zwischen Nordamerika und England ein permanentes Schiedsgericht angebahnt wird. Er fordere die verbündeten Regierungen auf, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Staatssecretär Frhr. von Marschall: Die Vereinigten Staaten haben von dem bezüglichen Beschlusse des Repräsentantenhauses Mitteilung hierher gemacht, einen Antrag aber nicht genehrt. Deutschland habe sich in Einzelfällen wiederholt auf schiedsrichterliche Erledigung von Streitfragen eingelassen und werde das auch künftig thun; eine allgemeine Verpflichtung, alle Streitfragen in dieser Weise zum Austrag zu bringen, könne die Regierung Angesichts der Lage in Europa nicht eingehen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) ersucht die Regierung, eine Verständigung mit England über die Währungsfrage zu versuchen. Redner vertheidigt die Aufrechterhaltung ausreichend hoher landwirtschaftlicher Schutzzölle und bestreitet, daß solche eine Last für das Land seien. Der Reichskanzler habe einmal gesagt, er sehe keine Vorlagen darauf hin an, wie sie auf die Socialdemokratie wirken; er solle nunmehr bei jeder Vorlage fragen: wie wird sie auf die Landwirtschaft wirken.

Abg. Graf Mirbach: Er vertritt die gesammte deutsche Landwirtschaft, nicht bloß Ostpreußen. Werde der 5-Markzoll nicht aufrecht erhalten, so müßte er für Ostpreußen allerdings die Aufhebung des Identitätsnachweises fordern.

Reichskanzler Graf Caprivi: Auch damit sei keine Richtschnur für die verbündeten Regierungen gegeben. Den Wunsch Kardorffs, alle Vorlagen auf ihre Wirkungen auf die Landwirtschaft anzusehen, erfülle er seit seinem Amtsantritt. Dem agrarischen Waaus sei schon manche Schutz guter Erde emgelegt worden und er würde in Verlegenheit sein, wo er eine neue nehmen sollte. Kardorff habe leider kein Mittel angegeben, wie in der Frage der Doppelwährung auf die englische Regierung gewirkt werden könne.

Auf eine Anfrage des Abg. Lucius, ob nicht die Regierungen solche Emissionen, wie die portugiesischen, in Deutschland verhindern könnten, erwidert Staatssecretär Frhr. von Marschall, daß die Regierungen nicht die Verantwortung dafür übernehmen könnten, wie die Capitalisten ihr Geld anlegten.

Nach einer Reihe von Auseinandersetzungen über die Währungsfrage zwischen den Abgeordneten Graf Kautz, Barth, von Kardorff, bemerkt

Abg. Bebel: Thatsache ist es doch, daß Sie da brühen gesagt haben: Deutschland solle in der Währungsfrage wenigstens den Anfang machen. Aber damit würden Sie die größte Verwirrung in Deutschland anrichten! Weshalb hat sich in England und den Vereinigten Staaten noch keine Regierung gefunden, die den Anfang dazu macht, obwohl beide Staaten ein viel größeres Interesse an dieser Sache haben, als wir. Auch ohne Agrardebatte haben Sie wieder angefangen. Dabei ist es doch Thatsache, daß Sie die Jahre des 5 Mk. Zolles nicht dazu benutzt haben, die Roggen-Production zu heben. Bei einer solchen Bevölkerungs-Steigerung, wie wir sie haben, müssen wir in steigendem Maße Korn importiren. Klagen die Herren trotz der Fülle noch andauernd über die Nothlage, dann wird sie eben expropriren müssen. Redner äußert sich dann noch in demselben Sinne, wie der Abgeordnete Barth, über den Gedanken internationaler Schiedsgerichte. Und was seien denn das eigentlich für „Bedanken in Bezug auf die gegenwärtige Lage Europas“, welche der Staatssecretär gegen diese Schiedsgerichte geltend gemacht habe. Durch Zustimmung, zu einem permanenten Schiedsgericht würde Deutschland gerade in eminentem Maße seine Friedensliebe betheiligen und sich Sympathien erwerben. Und da sei es wohl des Schwertes der Eulen werth, wenn der deutsche Reichstag einmal eine dementsprechende Resolution beschlösse.

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Herr Vorredner selber hat angedeutet, daß ein solches Schiedsgericht sich einmal auch mit der elsass-lothringischen Frage beschäftigen könnte. Aber wenn einmal ein Schiedsgericht in dieser Frage die Meinung aussprechen und bestimmen sollte, Deutschland solle Elsass-Lothringen wieder herausgeben, so habe ich die feste Ueberzeugung, daß die deutsche Nation sich einem solchen Schiedsgericht nie fügen würde (Bia o), sondern lieber seinen letzten Blutstropfen hingeben würde, als Elsass-Lothringen wieder herauszugeben.

Abg. Bebel erwidert, Angesichts solcher Anschauungen sei allerdings alles Reden umsonst.

Abg. Dr. Baumbach (fr.): Auf den internationalen Congressen in Rom und Bern sei die elsass-lothringische Frage gar nicht behandelt worden. Es handle sich nur darum, daß, bevor die ultimo ratio regum eintreife, künftig ein schiedsgerichtlicher Ausgleich versucht werde.

Abg. Wisser (ab): Die Landwirtschaft sei der Regierung dankbar, durch die Verträge stabile Verhältnisse geschaffen zu haben. Bei vernünftiger Wirtschaft könne der Landwirth heute sehr wohl bestehen.

Abg. v. Hornstein (fraktionslos) wendet sich vom süddeutschen Standpunkte aus gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Daß Deutschland die Initiative in der Währungsfrage ergreife, würde sich schon deshalb rechtfertigen, weil es durch seine Goldwährung den Anstoß zur Silberemission gegeben.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird schließlich angenommen.

Der gestern angenommene Antrag Knörcke betr. Beweis-erhebungen über verschiedene Punkte in dem gegen die Wahl-Abwands eingegangenen Protest wird in nochmaliger Abstimmung abgelehnt.

Morgen: Etat der Schutzgebiete.

Abgeordnetenhaus.

39. Plenarsitzung.

Montag, 27. Februar 1893. — 1 Uhr.

Das Haus ehrt das Andenken des Abgeordn. Bödiker (Centr.) der in seiner Heimath plötzlich verstorben ist, in der üblichen Weise, ebenso das Andenken des Abg. Kühne (fr.) der am 23. d. M. verstorben ist.

Sobann liest das Haus die zweite Etatsberathung mit dem Specialetat der Lotterie-Verwaltung fort.

Abg. v. Winnigerode-Rositten (conf.) theilt als Referent der Commission mit, daß die wegen reichsgesetzlicher Regelung des Lotteriewesens schwebenden Unterhandlungen mit dem Reichskanzler ergebnislos gewesen sei, daß die Staatsregierung sich daraufhin mit den übrigen Bundes-Regierungen in Verbindung gesetzt habe, daß das Resultat dieser Verhandlungen aber noch ausstehe.

Abg. Dr. Arendt (fr.) bittet die Regierung mit der Bewilligung von Privatlotterien namentlich zu colonialen Zwecken recht vorständig zu sein. Die in der Commission aufgetauchte Idee, die Einrichtung von Privatlotterien den Einrichtungen der Staatslotterien möglichst gleichförmig zu machen, verdient jedenfalls Beachtung. Redner wünscht Redner eine Verzögerung der Zahl der Lotterie-Einnahmer und eine größere Verwendung von Loosen für die Provinzen. Mit der Herabsetzung der Einnahmen von 2 auf 1 1/2 Prozent ist Redner einverstanden, wünscht aber eine weitere Herabsetzung, wenn eine solche angängig, da für aber Erhöhung der Schreibgebühr, wodurch die Einnahmen ein festes Einkommen erhalten und dem Staate eine größere Einnahme erwächst.

Abg. v. Schalkha (Centr.) erörtert die Frage, ob das Spiel unmoralisch ist, jedenfalls könne man das Lotteriespiel nicht schlechtweg als unmoralisch bezeichnen und die Frage, ob ein Spielbedürfnis in der Bevölkerung vorhanden ist, verdient deshalb ernstlich erörtert zu werden. Redner glaubt diese Frage bejahen zu können und wünscht daß eine Vermehrung der Loose, die aber den Collecteuren in der Provinz zu Gute kommen müßte, statthände.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (fr.) erklärt sich gegen das Lotteriespiel; er kann nur zugeben, daß es viele Leute giebt, die durch Theilnahme an der Lotterie weder finanziell noch sittlich geschädigt werden. Nachdem das Haus früher dem Finanzminister die Vermehrung der Loose angeboten, kann man es dem Minister nicht verdenken, wenn er jetzt selbst die weitere Vermehrung fordert. Selbst Blätter, die der Regierung nahe stehen, geben jetzt den Privatlotterien bestig zu Leibe; das sind aber Vorwürfe, die sich gegen die Regierung richten, welche solche Lotterien bewilligt. Jede Vermehrung der Lotterieloose ist schädlich, denn sie bewirkt eine Steigerung des Spielbedürfnisses und man kann oft beobachten, daß Leute wegen der Fälligkeit des Loose, andere, nöthigere Ausgaben unterlassen müssen.

Reg.-Commis. Geh. Rath Marcinowski: Ueber das vorhandene Spielbedürfnis sind sehr genaue Ermittlungen eingegangen. Es hat sich ergeben, daß das Spielbedürfnis sich

als am stärksten erkennen ließ in der Rheinprovinz, und daß es der Reihe nach schwächer sich erkennen ließ in Hessen-Raffan, Hannover Brandenburg, Westfalen. Es ist deshalb die Einrichtung von 14 neuen Lotterie-Collectionen in Aussicht genommen, die auf diese Provinzen vertheilt werden sollen. Die Wirkung des Gesetzes über das Verbot des Handels mit Lotterielosen ist eine durchaus günstige. Die Ermittlung des Spielbedürfnisses hat in der vorstichigsten Weise stattgefunden; namentlich hat man nirgends zum Spielen aufgefordert und überall wurden die Meldungen freiwillig gemacht.

Abg. Krämer-Testow (willcons.) Die Lotterie ist jedenfalls eine dem Finanzminister sehr willkommene Finanzquelle, zu deren Erschöpfung er nicht einmal einen Executer braucht. Warum soll denn das Lotteriespiel unsittlich sein? Do wir die Loose vermehren oder nicht, gespielt wird doch! Do wir dem kleinen Manne Gelegenheiten geben sich für geringes Geld eine neue Hoffnung zu kaufen, oder ob reiche Leute in den Clubs oder an der Börse spielen, eins ist so sittlich wie das andere. Maßgebend für uns ist der Vortheil für die Finanzen.

Die Budget-Commission schlägt folgende Resolution zur Annahme vor: Die Regierung zu ersuchen:

a) dem Landtage der Monarchie eine Fortführung der vom Jahre 1890 bis 1893 aufgenommenen Statut über die Privat-Lotterien in dem bisherigen Umfange bis zum Jahre 1893 vorzulegen.

b) in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die von dem Vertriebe der Privatgelotterieloose zur Zeit obwaltenden Mängel abgestellt werden.

Minister Dr. Miquel anerkennt Mängel bei den Privatgelotterien, will auch auf mögliche Einschränkung der letzteren hinzuwirken, kann sich aber für eine gänzliche Aufhebung derselben nicht entscheiden und findet auch eine Uebertragung des Looseverkaufs durch die staatlichen Collecteure bedenklich.

Das Haus nimmt die Resolution in den Punkten a und b an und genehmigt den Lotterie-Stat.

Es folgt der Etat der directen Steuern.

Abg. Lucius-Erfurt (fr.) führt Klage über die Belastigungen, welche das neue Steueranlagungs-Verfahren mit sich bringt, namentlich bringen die Arbeiten, die den ehrenamtlichen und unentgeltlich beschäftigten Personen zugemulhet werden, große Unbequemlichkeiten und große Kosten mit sich.

Minister Dr. Miquel: Mit seinen Klagen über die Verzögerungen bei den Veranlagungs-Commissionen und beim Ober-Verwaltungsgericht hat der Vorredner nicht ganz unrecht, aber ein Vorwurf trifft diese Behörden nicht, sie haben nach Kräften gearbeitet. Von 312 000 Reclamationen waren im Januar 296 000 erledigt. Wo es sich um principielle wichtige Rechtsfragen handelt, ist angeordnet, daß die Steueractanten entscheiden soll, wenn dies von den Steuerpflichtigen beantragt wird. Ueber einzelne bestimmte Fälle, die mir vorher nicht mitgetheilt sind, kann ich auch hier keine Auskunft geben. Daß das neue Gesetz sich bewährt hat, kann man nicht bezweifeln, denn es werden anderthalb Milliarden Einkommen mehr versteuert, als früher. Selbst-einschätzung hat allerdings wunderbare Erscheinungen gezeigt, so namentlich in Berlin. Der Minister giebt eine Reihe von Beispielen aus Berlin, wo ein Klempner sein Einkommen auf 5000 Mark angab, dasselbe aber in Folge Brandstiftung auf 26 000 Mark bezifferte; ein Ingenieur declarirte 100 000 Mk., sein Einkommen wurde auf 388 000 Mark ermittelt; ein Architect declarirte 12 917 Mark, hatte aber ein wirkliches Einkommen von 21 000 Mark u. s. w. Wir hoffen trotz alledem, daß wir mit dem Einkommensteuergesetz schließlich doch Ihren Beifall finden werden.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) führt Klage über einzelne Vorkommnisse, wo die Beamten in offenbar geschwibriger Weise Auskünfte über Vermögensverhältnisse der Consiten zu erhalten gesucht haben, es sei doch auffällig, daß die Beamten sich so wenig läbig erweisen, das neue Gesetz auszuführen.

Abg. Minister Dr. Miquel: Solche Vorwürfe gegen Beamte weise ich zurück. Leider ist in der Presse versucht worden, die Beamten zu beeinflussen. Liegen die Fälle so, wie hier geschildert, so sind in einzelnen Fällen die Beamten zu weit gegangen; aber ich kann keinen Verurtheilen, bevor ich ihn gehört habe. (Sehr richtig) Die Behörden sind angewiesen, solche Declarationen besonders sorgfältig zu behandeln, die gegen die vorläufigen erheblich abweichen.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (fr.) wünscht das Gesetz zwar völlig anzuwenden, findet aber doch, daß aus ergangene Reclamationen zu wenig Rücksicht genommen sei. In Berlin ist es vorgekommen, daß einem Stadtschreiber, trotzdem er versichert, daß er kein Capualvermögen besitze, diese Frage noch einmal besonders vorgelegt wurde. Das ist eine Beleidigung, die leider der Finanzminister nicht gerügt hat. Noch auffälliger ist der Vorgang in Heutden, wo ein Beamter, der geschwibrig vorgeht, noch befördert worden ist.

Minister Miquel: Der Beamte ist nicht befördert, sondern in ein weniger selbstständiges Amt versetzt worden. (Hört, hört!) Man darf eben nicht Alles glauben, was in den Zeitungen steht. In dem Falle des Syndicus konnte ich den Vorsitzenden der Commission nicht corrigiren, wegen eines Beschlusses, den die Commission gefaßt hatte. Leider hat das Haus die Vermehrung der Senate des Oberverwaltungsgerichts nicht genehmigt; wir würden dadurch eine schnellere Erledigung der Reclamationen erreicht haben.

Abg. Graf Lindburg-Stirum (conf.) vertheidigt das Auftreten der Commission, die doch auch im Interesse der Consiten erfolgt sei, welche dadurch vor den angedrohten Strafen geschützt werden.

Minister Dr. Miquel bemerkt noch, daß auch zu Gunsten der Consiten Beantragungen vorgekommen sind.

Frhr. v. Starbisein (fr.) u. Frhr. v. Erffa (conf.) finden die Abfertigungen auf massiven Gebäuden mit 1/4 pCt. zu niedrig.

Minister Miquel: Die Anweisung ist für den Einzelfall nicht bindend.

Der Etat wird genehmigt. — Schluß 5 Uhr.

Briefkasten der Expedition.

Für den Breckford gingen ein: Tabalarbeiter Breslau 3,45 Mk. Gänsebraten bei Maske 1,50 Mk. Vom Hebeschmaus der Maurer und Zimmerer von der Bohrauerstraße durch St. D. 1,37 Mk.

Sonntag, den 5. März cr., Vormittags von 11 Uhr ab:

Grosse Volks-Versammlung

im Saale der „Concordia“, Margarethenstrasse 17.

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Socialdemokratie und die Stützen der Gesellschaft“. Referent: Genosse E. Vogtherr-Berlin
2. Diskussion. 3. Interpellation und Anträge.

Entrée 10 Pf. — Frauen sind eingeladen.

Der Einberufer.

Theater-Nachrichten.

Stadt-Theater.

Mittwoch:
Saiszt.
Das Nachtlager von Granada.
Donnerstag:
Othello, der Mohr von Venedig.

Lehr-Theater.

Mittwoch, Donnerstag:
Der Falisman.
Schauspiel Emanuel Reicher.

Feine Sahheringe.

Die Mandel von 0,30—1,20 Mk.
Ring 46, im Hofe.

!!Achtung!!

Das beste und billigste Brot, sowie alle anderen Backwaren liefert die Bäckerei 556

Posenerstr. 11 a.

R. Kursawe.

Polster-Werg,

Rohhaare, Agara, Indiasafer, Alpen-
gras, Seegrass, Federn, Möbelschur,
Gurte, Bindfaden, Stränge, Seile,
Wäscheleinen, Hänematten, Netze,
Taschen empfiehlt billigst 511

Jul. Moritz, Selter- meister.

44, Kupferschmiede-Str. 44.

August Heyne, Berlin. Leipzig. Chemnitz.

Rohtabak-Handlung.

Filiale: Breslau, Carlsstr. 27 „Fechtschule“ Carlsstr. 27
offeriert ein reichhaltig assortirtes Lager aller Sorten Rohtabako zu
billigsten Preisen. 584

NB. Gut erhaltene Formen gangbarer Façons sind wieder auf
Lager zum commissionsweisen Verkauf.

Confirmations-Kleider

vom einfachsten bis zu den allerfeinsten spottbillig auch
nach Maß in kürzester Zeit.

Confirmations-Röcke, Frackkleider, Corsets, Strümpfe,
Handschuhe, Taillentücher in überraschend großer
Auswahl billiger als überall. 553

Confirmations-Anzüge, Oberhemden, Chemisette,
Stulpen, Kragen und Cravatten mehr als billig.
Gleichzeitig empfehle ich mein großes Lager in den
modernsten Kleiderstoffen, Mode-Schnittwaren,
Reinen, Tischzeuge, Läufer, Portierenstoffe, fertige
Wäsche für Groß und Klein sehr billig. Damen-
Mädchen- und Kinder-Kleidchen in großer Auswahl vor-
rätig, reizende Façons auch nach Maß in kürzester Zeit
billiger als überall.

5, nur 5, Neue Graupenstr. 5, nur 5,
bei Gustav Hauschner,
dicht neben dem großen Gesellschaftshaus.



Antwort für Viele!

Wir haben keine „goldnen“ Filialen,
am Orte sind allein, wir eben wir;
Nachahmung ist's, wenn sich noch
„goldnes“ findet,
„Talmi“ ist richtiger als i dafür!
Uns aber kann sehr kalt dergleichen lassen.
Wir haben lang uns schon mit eigener
Kraft
Ein Renommée, das sich tagtäglich
steigert,
Und einen riesen-Kundenstamm ver-
schafft!
„Gold-Perundstetzig“ wird die
Alte bleiben,
Wenn auch so Mancher schreit, als
brennt's!
Uns ist's egal! Wir brauch'n nicht zu
irrhren,
Wenn sie „vergolbet“ auch — die
Concurrenz!

Confirmanden-Anzüge

bis zu den hochfeinsten

von 6 Mark an.

Frühjahrs-Herren-Paletots von
10 Mk. an, Ia. wie nach Maß
gefertigt, von 16 Mark an,
Schwaloff's mit Vellerino,
Herren-Anzüge von 10 Mk. an,
feine Anzüge von 14 Mk. an,
Braut-Anzüge in Tuch und
Kammgarn von 25 Mk. an,
sehr gute von 33 Mk. an, Herren-
Jaquets von 5 Mk. an, Schlaf-
röcke von 8 Mk. an, Herren-
Büchsen-Hosen von 3 Mk. an,
gute Hosen von 5 Mk. an, Hosen
und Westen von 6 Mk. an,
modernste von 8 Mk. an,
Knaben-Paletots von 3 Mk. an,
Anzüge für jedes Alter von
2,50 Mk. an, Kellner-Brack-
und Anzüge,

Libree-Anzüge.

Versand nur unter Nachnahme.
Umtausch bereitwill. jeder Zeit.

Frack-Verleih-Institut

Nur neue und elegante Sachen.

„Goldene 74“

I. Et., Ohlauerstr. 74, I. Et.

Elektrisch
beleuchtet.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Bereinigung der Maler,
Ladierer, Anstreicher und ver-
wandten Berufsgenossen. Jeden
Donnerstag von 7 1/2—9 1/2 Uhr:
Versammlung im Vereinslocal bei
Edlich, „drei Lauben“, Neumarkt.
Zahlabend. Aufnahme neuer Mit-
glieder. Kollegen, welche nicht der Ver-
einigung angehören, sind als Gäste
willkommen.

Gesangverein Breslauer
Hutmacher. Jeden Donnerstag,
Abends von 8 1/2—10 Uhr: Übungs-
stunde im Restaurant Mai, Hummerel.

„Wahrer Jacob“

No. 172

illustriertes
sociald. Witzblatt.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition
aus der Expedition der
„Weltanschauung“.

Stehendes Heer

oder Volkswehr.

Rede von Aug. Bebel,

zur

gegenwärtigen Militärvorlage

gehalten in der Reichstagsitzung
vom 13. December 1892.

Amtlicher
stenographisch.
Bericht.

Preis
10 Pfennig.

Die Fälschung

der Emser Depesche,

welche bekanntlich den äußeren
Anlaß zum deutsch-französischen
Kriege 1870 abgeben mußte,
bei in feinem neuesten Interdieu
dem Schriftsteller R. Harden
gegenüber
Bismarck zugestanden.

Die Emser Depesche

dadurch gewinnt die Lieb-
tnecht'sche Broschüre
oder
Wie Kriege gemacht werden.
welche vor Kurzem in zweiter
Auflage bei uns erschienen ist,
erhöhte Bedeutung.

In dieser Schrift ist der
ganze Hergang der Sache atten-
mäßig nachgewiesen.
Wir empfehlen die Schrift
zur weitesten Verbreitung.

Preis 25 Pfennig.
Gegen Einbindung von 30 Pf.
in Briefmarken erfolgt Franko-
zusendung.
Wiederverkäufer erhalten
lobnenden Rabatt.
Härbers.
Wörlein u. Comp.

Gegen die Militärvorlage!

Soeben erschienen:

100,000 Soldaten mehr!

Ein Wort zur Militärvorlage
von Emil Rosenow.

Preis 10 Pfennige.

Verlag von C. G. Ludwig in Chemnitz.

Diese Broschüre behandelt in eingehender Weise die
Militärvorlage, sie bringt das ganze Zahlenmaterial, die
Staatschulden, die indirekten Steuern, die durch die Vorlage er-
zeugten Belastungen, die beabsichtigte Heeres-Organisation,
eine Kritik der neuen Steuerprojekte die Stellung der bürgerlichen
Parteien, die Socialdemokratie, die Forderung der Volkswehr. —
Die Broschüre ist durch ihren billigen Preis und durch ihren packen-
den, trefflichen Inhalt ein Agitationsmittel ersten Ranges, welches
überall seine Wirkung thun wird. Allen Genossen empfehlen wir
dasselbe. — Für Wiederverkäufer, Colporteurs höchster Rabatt. —
Einzeltbestellungen ist der Betrag und das Porto beizulegen.

Zu haben in der Expedition d. Blattes.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November.

ca. 21 Bogen Oktav. Elegant broschirt. Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.